

Preis 10 Pfennig.

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 107.
Verleger: Amt Norden 2893 und 2894.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 107.
Verleger: Amt Norden 2893 und 2894.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für 6.00 Berlin monatlich 2 M., bei Zustellung über Straßbahn 4 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist die vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M.

Berliner Organ

Inserate kosten bis Nebengeldpausen Willkürzelle oder deren Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Freitag, den 6. Dezember 1918

Nummer 39

Bayerns Forderungen und die Reichsregierung.

Keine neue Konferenz der Einzelstaaten.

Berlin, 6. Dezember. Der bayerische Ministerpräsident Bismarck hat der Reichsregierung eine erneute Konferenz der Einzelstaaten in Genä vorgeschlagen, deren Aufgabe es sein sollte, eine programmatische Kundgebung der äußeren und inneren Politik zu vereinbaren, insbesondere die Frage der Nationalversammlung, der Befehls im auswärtigen Amt und der Allenöffentlichung zu regeln.

Die Reichsregierung hat darauf folgende Antwort erteilt: Der Wunsch der bayerischen Regierung auf Einberufung einer Konferenz der Vertreter der deutschen Einzelstaaten nach Genä nach einem anderen zentral gelegenen Ort hat die Reichsregierung in ihrer heutigen Sitzung beschäftigt. Wir sind zu einem einstimmigen Beschluß gelangt, von der Einberufung einer solchen Konferenz abzusehen. Ein nach unserer Ansicht kein genügender Grund für einen Zusammenstoß vorliegt.

Die Reichsregierung hat das Programm ihrer äußeren und inneren Politik in ihren Fundgebungen festgelegt. Die erste Konferenz in Genä hat sich mit ihr auf den gleichen Standpunkt gestellt. Auch die Beschlüsse der Weimarer Konferenz sind ein enger Zusammenhang zwischen der Reichsregierung und den einzelnen Einzelstaaten geschaffen worden. Es liegt uns seit einigen Tagen hierzu ein Vorschlag vor, der gründlich geprüft werden wird. Vor einer Neuregelung der Angelegenheit werden die einzelnen Staaten Gelegenheit haben, ihre eigene Stellung zu nehmen.

Die politischen Kräfte des alten Regimes sind von uns in Verwehruung genommen, und ist alles geschehen, um die Verhältnisse aus den Händen mit gründlicher Sorgfalt herauszubereiten. Wegen der Neubefestigung des auswärtigen Amtes wird im Kabinett beraten.

Erklärungen Haases.

Wien, 5. Dezember. Der deutsche Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten, Haase, äußerte gestern zu dem Berliner Vertreter des „Neuen Wiener Journals“ auf verschiedene Fragen, daß die Regierung erst nach Eichtung des Allenmaterials Stellung dazu nehmen werde, ob die für den Krieg verantwortlichen Personen vor einen Gerichtshof zu stellen seien. Zur Auslieferung Kaiser Wilhelms, der noch der offiziellen Abdankung Privatperson sei, habe die Regierung noch keine Stellung genommen.

Das Problem der Angliederung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland könne erst durch die Nationalversammlung endgültig gelöst werden. Eine Krise innerhalb des Rates der Volksbeauftragten bestehe nicht. Meinungsverschiedenheiten über die sozialistische Regierung seien es nicht, da die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten nicht hart seien. Immerhin gegenrevolutionäre Strömungen nicht hart seien. Immerhin gegen es, vorsichtig zu sein. Für den preussischen Militarismus sei im neuen freien sozialistischen Deutschland kein Platz. Weder die Einheit des Deutschen Reiches sei zu sagen, daß alle Teile des Reiches aufeinander angezielen seien und deswegen ein Abwärtsein einzelner Staaten der deutschen Republik verhindert werden müsse. Ein gespaltenes Deutschland würde auf der Friedenskonferenz eine belagerten Rolle spielen.

Die Wahlen zum bayerischen Landtag.

München, 5. Dezember. Die Regierung des Volksstaates Bayern hat durch die Korrespondenz Hoffmann ebenfalls folgende Proklamation an das bayerische Volk veröffentlicht lassen: Die Regierung des Volksstaates Bayern bestimmt hiermit, daß die Wahlen zum neuen bayerischen Landtag Sonntag, den 12. Januar 1919, stattfinden. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen bayerischen Staatsangehörigen, die am Tage der Wahl 1. das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, 2. die bayerische Staatsangehörigkeit besitzen. Ausgenommen sind nur Entmündigte und solche, die die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzen. Wählbar sind alle männlichen und weiblichen wahlberechtigten bayerischen Staatsangehörigen, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die näheren Bestimmungen über die Wahl werden in der Wahlordnung getroffen.

Keine Internierung der Armee Madajew.

Berlin, 6. Dezember. Die Deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgesetzt, daß von einer Internierung der Heresgruppe Madajew endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn und zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

Einige Erledigung des Lokomotivstreiks.

Auf den Vermittlungsvorschlag des Staatssekretärs Berger — Ablieferung sämtlicher in Reparatur befindlicher Lokomotiven am 1. Februar unter Voraussetzung der Anrechnung der von den Franzosen in Belgien und Nordfrankreich erbeuteten Lokomotiven — hat Generalissimus Haase noch immer keine Antwort erteilt. Aus diesem Verhalten und aus Äußerungen der französischen Presse schließt man die Erwartung auf eine günstige Erledigung der für Deutschland lebenswichtigen Angelegenheit.

Zusammenstoß in Braunschweig.

Braunschweig, 5. Dezember. Ueber einen Zwischenfall beim Einzug der 5. Schwadron des Husaren-Regiments Nr. 17 heute nachmittag erhalten wir folgende Darstellung: Eine Abordnung der Rotgardisten hatte sich zum Hauptbahnhof begeben, um mit den Husaren über das Verantragen einer ersten Bahn zu verhandeln. Diese Verhandlungen scheiterten. Die Husaren zogen ohne rote Fahne vom Bahnhof ab. Sie beschloßen, nicht durch das vom Publikum gedörrte Spalier zu ziehen, sondern wählten durch die Menge zu reiten. Das ließen die Rotgardisten und sonstige Ordnungsmannschaften nicht zu. Darauf kommandierte Oberleutnant Komatzki die sich die Rotgardisten den Parade reitenden Husaren entgegenstellten, fielen von seitens der Offiziere mehrere Schüsse. Die Rotgardisten und Matrosen erwiderten die Schüsse und forderten zugleich die Husaren auf, abzuhalten. Die Husaren sahen dieser Aufforderung unerschrocken nach. Ein Wachtmeister hatte sich gleichfalls seiner Abstellung entzogen und kommandierte die Schwadron aneinandergeraten. Leider wurde ein dreijähriges Kind getötet und ein Mann verletzt.

Demonstrationen für die Regierung.

Berlin, 5. Dezember. Um dem Gerücht entgegenzutreten, daß Abteilungen der Gardefanter und Gardefernsprechers die Leibgarde diebstahlten, zogen, wie „Der Abend“ meldet, heute starke Truppenzüge von Gardefanter und Gardefernsprechern demonstrierend durch die Stadt und am Reichstage vorbei unter Vorantragung von Schildern mit der Aufschrift: „Nur für die neue Regierung!“ „Geschlossen für Ebert-Haase!“ Bei der Begegnung mit etwa 2000 aus dem Zirkus Busch kommenden Unteroffizieren fand eine stürmische kameradschaftliche Begrüßung statt.

Abtritt des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein.

Wie uns aus Kiel gemeldet wird, beabsichtigt der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Herr v. Rolffe, in den Ruhestand zu treten. Herr v. Rolffe war bekanntlich früher preussischer Minister des Innern. Es wird sehr darauf ankommen, an seine Stelle einen Mann zu setzen, der die Verwaltung der Provinz im Sinne der jetzigen Regierung und im Geiste der neuen Zeit leitet.

Volksverrat der Patrioten.

In drei Riesenversammlungen nahm, wie bereits gemeldet, die Kölner Zentrumspartei nach Reseraten führender Parteimänner Resolutionen an, in denen zur Proklamierung einer „zum Deutschen Reich gehörenden selbständigen rheinisch-westfälischen Republik“ aufgerufen wird.

Es ist die Aufforderung zur Forderung des deutschen Staatsverbandes, ein erster Schritt zur Lösung des Problems, der hier gemacht wird, auch wenn die Resolution noch vorsichtig betont, daß die künftige rheinisch-westfälische Republik zum Reich gehören solle. Auch im Süden Deutschlands, in Bayern, ferner im Nordwesten und in Ostpreußen haben sich Tendenzen bemerkbar gemacht, die auf eine Absonderung hinstreben, und man mußte seit längerem, daß in Oberland und Westfalen eine lebhaftere Agitation auf Schaffung einer selbständigen Republik aus jenen Gebieten getrieben wurde. Aber mit solcher Entschiedenheit, von so einflussreichen Kreisen wurde die Forderung noch nicht erhoben.

Es handelt sich, wie die Kölner Beschlüsse beweisen, durchaus um ein Verlangen der Bourgeoisie, derselben Bourgeoisie, die bis vor kurzem sich gar nicht genug tun konnte, die Notwendigkeit der festen Einheit und Geschlossenheit Deutschlands zu betonen, die jeden als Verräter anzuprangern suchte, der den „Bestand des Deutschen Reiches“ nicht als unantastbares Heiligtum anerkennen wollte. Jetzt ist sie drauf und dron, große, unerschütterliche Stütze dieses Reiches herauszuschneiden und — alle können Whoren können nicht darüber hinwegtäuschen — auf Kosten der übrigen Teile in die Hand oder wenigstens in die Einflußsphäre der Gegner hinüberzuwerfen.

In der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin jetzt eine geordnete Regierung zu schaffen, erklären die würdigen Kölner Zentrumsmänner sich gezwungen zu haben, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Verlogenheit! Die Regierung in Berlin hält die Fäden fest in der Hand, unausgesetzt ist sie an der Arbeit, für ein geordnetes Funktionieren des Wirtschaftslebens zu sorgen, und wenn ihr Bemühen nicht immer und überall den vollen und gewünschten Erfolg hat, so mögen sich die Herren, die jene Resolution entwarfen, vor allen Dingen bei denen bedanken, die — mit ihrer getreuen Unterstützung — mit diesem Krieg und ihrer Kriegspolitik den furchtbaren Rufmordbruch herbeiführten und damit den Nachhabern von heute eine Erbschaft von Trümmerhaufen hinterließen. Gewiß, auch aus der Umgestaltung der alten Verhältnisse erwachsen Schwierigkeiten, der neue Apparat von Behörden und Körperlichkeiten, der jetzt die Leitung und Verwaltung übernommen hat funktioniert nicht reibungslos, es fehlt nicht an Meinungen, die aus der revolutionären Bewegung selbst der Regierungsarbeit entstehen. Aber nur ein Hässcher kann behaupten, daß etwa alles drunter drüber ginge und daß eine „geordnete Regierung“ von Berlin aus unmöglich wäre.

Man meint im Grunde aber auch etwas ganz anderes. Was man möchte und von Berlin nicht erwarten kann, das ist eine Regierung, die die Dinge so ordnet, wie die Interessen jener Bourgeoisie es verlangen. Man fürchtet die Sozialisierung. Darüber konnte nie ein Zweifel bestehen, daß sie einzusehen haben würde bei den Kohlenbergwerken und bei der Schwerindustrie, im besonderen den Rüstungsarbeiten. Also lust bei jenen Unternehmungen, die vornehmlich in Rheinland und Westfalen ihren Sitz haben. So erklärt es sich, daß gerade in diesen Gebieten eine avor verdeckte, heimliche, aber um so intensivere Agitation einsetzte, die dahin ging, das Land dem Reichthum der neuen, sozialistisch orientierten Regierung Deutschlands zu entziehen.

Man fürchtet darüber hinaus die Steuerlasten, die nach dem Kriege Deutschland zu tragen haben wird. Die Angst vor ihrem Druck hat auch weit über die Kreise der Schwerindustrie hinaus dahin gewirkt, den Wunsch nach einer Auflösung aus dem deutschen Staatsverbande und monatlich nach einem Anschluß an Frankreich lebendig werden zu lassen. Dieselben Leute, die von Patriotismus und Opfermut überfließen, solange es auf Kosten anderer eine

Der die Wollensabteilung zunächst vertagt werden konnte. Diese selben Leute haben jetzt, wo das Portemonnaie bedroht wird, nichts Illuderes zu tun, als ihrem „geliebten Vaterland“ den Rücken zu kehren.

Dazu kommen die Machtinteressen des Reiches. Wenn Kirche und Staat voneinander getrennt werden, verliert er nicht nur einen wesentlichen Teil seiner materiellen Hilfsmittel, er verliert vor allem auch zahlreiche Möglichkeiten, die staatliche Gewalt seinen Zwecken dienlich zu machen, so, um nur dieses zu nennen, die Bekämpfung der Schulen. Dem „Volke“ freilich stellt man die Sache anders dar. Man läßt man vor, daß die Trennung von Kirche und Staat Unterdrückung der Kirche bedeuten würde, Behinderung der Freiheit des einzelnen, sich nach seinem Glauben zu betätigen und seine Kinder nach seinem Bunsche religiös zu erziehen. Damit macht man die Kleinbürgerlichen und ländlichen Massen mobil für einen Kampf, der im Grunde nur geführt wird für die Herrschaftsansprüche des Klerus, sein dringendes Verwehren, die Massen in Abhängigkeit von sich zu halten.

Sier liegen die eigentlichen Wurzeln der Agitation auf Loslösung vom Reich. Nichts als unwürdige Geheulei ist es, wenn man statt dessen von der in Berlin herrschenden Unordnung spricht. Bis vor kurzem war es die zögernde Haltung der Regierung in der Frage der Nationalversammlung, jetzt, nachdem die Regierung sich für eine baldige Einberufung der Nationalversammlung entschlossen hat, ist es die „Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen“. Formwände, nichts als elende Vorwände für die Absichten, die man hegt.

Von Rheinland und Westfalen aus will man den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens aufnehmen. Wirklich? Von Rheinland und Westfalen aus möchte man die Gegenrevolution organisieren und das sozialistische Regiment niederzulegen lassen! Gelingt es nicht, so wird man nach diesem Deutschland nichts mehr fragen, wird seine wirtschaftlichen Zusammenhänge zerreißen, wird seinen Körper unfähig machen, noch weiter zu leben, indem man ihm unerbittliche Glieder, wichtigste Provinzen herausreißt. Wunderbar wahrlich bewährt sich der Patriotismus dieser Leute!

Und die bürgerliche Presse in Berlin und anderswo spioniert sich willig mit vor ihren Wagen. Petert mit über die „Verhältnisse in der Regierung“, die Rheinland und Bayern und Schlesien „zum Abfall trieben“, und wie die Redenarten sonst noch heißen mögen. Warum auch nicht! Man hat ja ein ebenso dringendes Interesse daran, den Machthabern von heute Schwierigkeiten zu bereiten und sie, wenn möglich, zum Sturz zu bringen.

Über es wird ihnen nicht so leicht zuzumachen. Die Massen der Arbeiter werden sich so leicht nicht täuschen und einsinken lassen. Und auch die Arbeiter in Rheinland und Westfalen werden nicht mitmachen. Ihr gesunder Sinn wird erkennen, was dem Geheiß der Prozenpatrioten zugrunde liegt. Ihr Gebaren wird sie nur mit neuer Entschlossenheit über den Charakter dieser heuchlerischen Bourgeoisie erfüllen, und sie werden alles tun, um ihre Pläne zu vereiteln.

So wird nur bleiben eine neue Offenbarung über den wahren Charakter jener Leute, die heute um ihrer Profitinteressen willen auf Deutschland und die deutsche Einheit pfeifen, während sie gestern sich nicht genug tun konnten, zu sagen: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!“

Der Hunger vor der Tür.

Es ist schon wiederholt auf die ernste Lage unserer Ernährungswirtschaft hingewiesen worden. Wie bedenklich die Situation tatsächlich ist, das geht erneut aus einer Denkschrift hervor, die das Reichsernährungsamt an das auswärtige Amt gerichtet hat. Die „Voss. Ztg.“ veröffentlicht einen Auszug aus dieser Note. Er beweist, daß unsere Ernährungswirtschaft tatsächlich vor dem Zusammenbruch steht. So heißt es in der Denkschrift u. a.:

Das Rückgrat unserer ganzen Kriegsernährungswirtschaft bildet bisher die Versorgung mit Weizengetreide und Kartoffeln. Infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitsverminderung der Kriegspferden usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Hingegen kommt die ungeheure Transportlast, die ebenfalls dazu beigetragen hat, daß unsere Kartoffelreserven nicht ordnungsgemäß haben eingewickelt werden können. Die Folge davon ist, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen mit Vorräten versorgt sind und nennenswerte Zufuhren nicht mehr erwarten können. Ein Durchhalten der vorerwähnten Kartoffelration erscheint daher schon heute vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Nation wird allgemein ausgegeben werden können.

Die Getreideversorgung war nach der verstrichenen Jahresperiode der diesjährigen einheimischen Ernte in erheblichem Maße auf Zufuhren aus dem Osten eingestellt. Infolge des Fortfalls dieser Zufuhren hat sich die Lage der Reichsgetreidebevorratung ungünstig gestaltet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahr erfolgen. Dies erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich also gänzlich nur eine Tagesration von 80 Gramm Weizen, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration, verteilen lassen. Diese Lage bessert sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugeänderte Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird, was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar möglich sein würde. Hierbei ist zu bemerken, daß die Erhöhung der Brotration seinerzeit (d. h. noch vor der Revolution von der alten Regierung) ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt ist.

Sehr trübe sieht es auch um die Aussichten unserer Fett- und Fleischversorgung aus, da namentlich das Durchhalten der Fettwirtschaft auf die Zufuhren der in Rußland angekauften Celsaaten eingestellt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert worden. Die einheimische Fettwirtschaft gestattet deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Reichswirtschaft nur noch einen Wirtschaftskapital bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufbringung an Milchfett und aus der Margarineherzeugung nur noch ein Tageskapital von 53 Gramm zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenration von 100 Gramm vorzieht, kann auch nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrecht erhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Verschärfung aller wichtigen Lebensmittelsituationen insbesondere Anfangs Februar zu rechnen, was das bedauerliche wäre, daß bei

dem Verbot, daß alsdann der Nachschub der heute schon nur noch ein Bruchteil des normalen Durchschnitts darstellt, auf etwa die Hälfte des gegenwärtigen Nahrungswertes herabzinken würde. Diese Lage würde ein langsames, aber sicheres Verhungern bedeuten.

Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckendem Umfang zugenommen hat. Bereits im Jahre 1917 sind in Deutschland von je tausend Lebenden gleichen Alters mehr als vor dem Kriege gestorben: im ersten Lebensjahre 27 d. H., im Alter von 1-5 Jahren 10,6 d. H., im Alter von 70 Jahren und darüber 23,4 d. H. Nach fürchterlicher schmerzhaft hat sich die Sterblichkeit an Tuberkulose. Sie ist bei je 10 000 Einwohnern von 15,7 auf 31,7 d. H. gestiegen. Allein in den 330 deutschen Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern sind im Jahre 1918 43 920 Personen mehr an Tuberkulose gestorben als im Jahre 1913.

Es ist eine unverantwortliche Schuld der durch die Revolution gestürzten Machthaber, daß sie es bis zu einer solchen Erschöpfung Deutschlands an Lebensmitteln haben kommen lassen. Aber es führt nicht weiter, jetzt nur die Verantwortlichen anzuklagen, so wenig das übergegangen werden darf. Es muß auch noch Wogen gesucht werden, um über die entsetzliche Not herauszukommen.

In erster Linie richten sich da die Augen auf die Entente und Amerika. Vielfach hegt man dort, auch in den maßgebenden Kreisen, die Auffassung, daß die Schwierigkeiten in Deutschland gar nicht so groß seien. Die schonfärblichen Berichte des alten Regimes haben das übrige dazu beigetragen, diese Meinung großzuziehen. Hoffentlich gelingt es nunmehr, diesen Irrwahn zu zerstören und Vereinbarungen zu treffen, die das deutsche Volk, das für die Sünden des alten Regimes nicht verantwortlich ist, vor dem Hunger zu bewahren. Um die Öffnung der Blockade zu erleichtern, muß überdies alles versucht werden, möglichst rasch zu einem Vorfrieden zu kommen.

Ferner ist es nötig, daß im Innern des Landes alles getan wird, um die vorhandenen Vorräte möglichst rationell zu verteilen und auszunutzen. Es werden eben jetzt neue Maßnahmen gegen den Schleichhandel angeordnet. Sie müssen energisch durchgeführt und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Es darf aber auch nicht durch unbesorgene Arbeitsniederlegungen und Transportstörungen die Nahrungsmittelversorgung gefährdet werden. Im „Vorwärts“ veröffentlicht Robert Schmidt einen Aufsatz mit lebhaften Klagen über Verleumdungen Arbeiter- und Soldatenräte, selbstherrlich in die Maßnahmen der Reichsbehörden im Interesse der Volksernährung einzugreifen, die Ausfuhr zu sperren, Kühe mit Nahrungsmitteln auszubalten, die Verbesserung von Schiffen zu verzögern, um einen Druck auf Berlin auszuüben, usw. Sollten diese Klagen berechtigt sein, so wäre ein derartiges Verhalten der Räte sehr zu bedauern. Jeder muß sich jetzt als Glied des Ganzen fühlen und muß gegebenenfalls seine eigenen Interessen vor denen der Allgemeinheit zurückstellen. Nur dann ist es möglich, das Schlimmste zu verhindern!

Erklärungen des Ex-Kronprinzen.

Ein Korrespondent der Associated Press hatte am Montag auf Wieningen eine längere Unterhaltung mit dem Ex-Kronprinzen, der u. a. folgendes erklärte: „Ich habe auf nichts verzichtet! Ich habe kein einziges Dokument unterzeichnet. Aber sollte die deutsche Regierung die Errichtung einer Republik nach Art von Amerika und Frankreich beschließen, dann werde ich ganz zufrieden sein, als einfacher Bürger nach Deutschland zurückkehren zu können und ich werde bereit sein, alles zu tun, um meinem Lande beizustehen.“

Auf die Frage des Korrespondenten, was er als Wendepunkt des Krieges angesehen habe, sagte der Kronprinz: „Ich hielt unsere Position für hoffnungslos nach der Schlacht an der Marne, die wir nicht verloren hätten, wenn die Chefs des Generalstabes nicht nervös geworden wären. Ich versuchte den Generalstab zu überzeugen, damals Frieden zu schließen, selbst auf Kosten von großen Opfern, wobei ich selbst soweit gehen wollte, Eljah-Lothringen aufzugeben. Man sagte mir jedoch, daß ich mich um meine eigenen Sachen kümmern sollte und meine Tätigkeit auf Anführung meiner Armee beschränken müßte.“

Ueber den Beginn des Krieges äußerte sich der Kronprinz: „Entgegen allen Behauptungen, die bisher im Ausland verbreitet worden sind, erkläre ich, daß ich den Krieg niemals gewollt und den Augenblick für sehr ungünstig gehalten habe. Von Anfang an war ich der Überzeugung, daß England am Krieg teilnehmen würde, aber Prinz Heinrich und andere Mitglieder meiner Familie teilten diese Meinung nicht.“

Der Kronprinz sprach mit großer Erbitterung über die Arbeit des Generalstabes, der wie er behauptet, für eine große Anzahl Fehler, u. a. für die Märzoffensive in diesem Jahre, welche er gegen seine eigene Überzeugung habe unternehmen müssen, verantwortlich sei. Er, der Kronprinz, sei gezwungen gewesen, zu gehorchen. Der Kronprinz betonte, daß Ludendorff die Hauptverantwortung der Kriegskatastrophe Deutschlands gewesen sei, während Hindenburg nur als „Paradesoldat“ fungierte. Ludendorff und sein Stab hätten andauernd die Stärke des Feindes unterschätzt und hätten niemals geglaubt, daß Amerikas Truppenhilfe so groß sein würde, wie sie in Wirklichkeit geworden ist. Der Kronprinz bemerkte noch, ein Bewunderer Wilsons zu sein, der noch seiner festen Überzeugung einen Frieden des Rechts für das deutsche Volk zustandbringen werde.

Nicht möchten sie es alle nicht gewesen sein. Immerhin kommt bei diesen Versuchen, sich reinzuwaschen, manches heraus, was nicht uninteressant ist. So ist die Darstellung des ehemaligen Kronprinzen über die Haltung des Prinzen Heinrich und anderer Familienmitglieder des Hauses Hohenzollern im Sommer 1914 wertvoll als Beweis dafür, wie man in diesen Kreisen tatsächlich damals den Krieg gewollt und auch in aller Einzelheit ermoget hat. Ob der Kronprinz wirklich nach der Marne schlacht auf einen Frieden hingedrängt hat, muß dahingestellt bleiben. Trifft es zu, daß er dabei sogar zur Aufgabe Eljah-Lothringens bereit war, so wirkt das ein beachtenswertes Schlaglicht auf all jene offiziellen und offiziellen Auslassungen, die Eljah-Lothringen als unantastbares Gut erklärten und jedem zum Vaterlandsverräter brandmarkten wollten, der auch nur den Gedanken einer Volksabstimmung in Eljah-Lothringen propagierte.

Auf die Rückkehr „als einfacher Bürger“ wird Friedrich Wilhelm von Hohenzollern wohl verzichtet müssen. Denn es ist nicht die Pflicht der neuen Machthaber in Deutschland hier eine

Republik nach der Art des heutigen Frankreich über der einigten Staaten anzurichten, wo eine kapitalistische Republik fordern wir wollen eine sozialistische Republik. Darin wird aber, wie der ehemalige Kronprinz selbst meinte, wenig Gelegenheit für ihn sein, sich „angemessen“ zu betätigen.

Von Erzbergers Tätigkeit.

Die italienische Presse beschäftigt sich gegenwärtig eingehend mit dem bevorstehenden Hochverratsprozeß gegen Cavallini und Genossen, in welchem auch die Rolle Herrn Erzbergers zur Sprache kommen wird. Danach hätte, wie die „Röln. Ztg.“ berichtet, der Ingenieur Lorenzo d'Abba längere Unterredungen mit Erzberger, dem Staatssekretär von Jagow und dem Prinzen Heinrich bezüglich eines Sonderfriedens Deutschlands mit Frankreich und reichlich hierüber am 19. April 1918 Sonnino eine Denkschrift ein. Diese Denkschrift wird nun von der „Epoca“ veröffentlicht. Aus ihr ist zu entnehmen, daß Erzberger dem genannten Ingenieur den Auftrag erteilte, in Paris die politischen Stellen zu sondieren über ihre Bereitwilligkeit, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen. „Sie können in Paris sagen“, erklärte Erzberger dem Ingenieur, „daß Deutschland bereit ist, Eljah-Lothringen an Frankreich abzutreten unter der Bedingung, daß Frankreich das Hoheitsrecht Deutschlands über Belgien anerkennt.“ Als der Ingenieur hierauf einwarf, daß diese Absicht Deutschlands, Belgien zu behalten, einen Frieden unmöglich machen werde, antwortete Erzberger: „Wir können aber diesen Feinden ausliefern, als Belgien wieder herausgeben. Belgien ist uns nötig gegenüber England, denn wir müssen an die Zukunft denken.“ Später kam Erzberger mit dem Ingenieur d'Abba und einer anderen bedeutenden Persönlichkeit, von der die Blätter glauben, daß es Solo Polak war, wieder in Zürich zusammen und wiederholte seinen Standpunkt bezüglich Belgiens.

So weit der Bericht. Herr Erzberger, der sich so sehr um Belgien bemüht, ist jedenfalls der geeignete Unterhändler, auf dessen Mitwirkung nicht verzichtet werden kann.

Hugo Stinnes und Alfred Weber.

In den Auseinandersetzungen zwischen Prof. Alfred Weber und Hugo Stinnes hat jetzt wieder der letztere das Wort ergriffen. Auf die Anfragen Professor Webers, in wessen Auftrag er denn als Vertreter des deutschen Volkes in Spa verhandelt habe und welche Garantien vorlägen, daß die von ihm behaupteten Mitteilungen des Hoffenstillsstands Gegenstand seiner Verhandlungen mit der Entente gewesen wären, antwortete er in einem beinahe schon nicht mehr qualifizierten Tone:

„Statt Unterlegen für Ihre unwahren Behauptungen in Bezug auf die Mitteilungen, richten Sie zwei Anfragen an mich: Welche Rechte hat die deutsche Regierung, Ihnen zu erlauben, wenn Sie sich durch meine Tätigkeit in Spa beschweren könnten, und deren zweite eine so unantastbare Unterstellung enthält, daß ich darauf nicht weiter eingehen darf. Sie für Ihre leichtfertigen, unwahren Behauptungen keine Unterlagen oder Entschuldigungen beigebracht haben, so ist ich ich, daß Sie ein Verleumder und Strafschneider sind, der gemeine Lügen verbreitet.“

Schimpfereien sind noch keine überzeugenden Argumente. Herr Stinnes läßt gut, den Mund nicht gar zu voll zu nehmen. Es ließe sich am Erbe doch manches anführen, was seine Tätigkeit in recht eigenartiger Weise erscheinen läßt. Zunächst wäre wir indessen dem Herrn Prof. Weber das Wort.

Eine Erklärung Professor Jörkers.

Der bayerische Gesandte in der Schweiz, Prof. Jörker, telegraphiert uns aus München:

Der Herr Gesandte Dr. Rudle hat Ihnen mitgeteilt, daß er hätte versichert, daß die Veröffentlichung von Wien zur Vorgeschichte des Krieges besänftigend auf Clemenceau wirken würde. Auch diese Formulierung geht auf ein Mißverständnis zurück. In meinen Berichten aus der Schweiz habe ich mich nie irgend einer Einwirkung auf die Person Clemenceaus in keiner Weise bedient, sondern nur von dem allgemeinen Unglauben an den Durchbruch eines neuen Ostens in Deutschland gesprochen. Dieser Unglaube werde wohl erst dann verschwinden, wenn das deutsche Volk gründlich über die wahre Vorgeschichte des Krieges unterrichtet werde. Dem vier Jahre hinführenden irreführenden deutschen Volk müsse Aufklärung werden, in wie großem Umfang die Anklagen der Gegner berechtigt seien.

Um den Termin für die Nationalratswahlen.

Die Festlegung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung scheint mandanten Kreisen noch immer zu spät. So überreichte unter dringlicher Verantwortung des Direktoriums des Reichstaates Oldenburg einen vom altem bürgerlichen Landtag einstimmig angenommenen Antrag auf Festlegung der Nationalversammlungs-Wahlen in kürzester Frist, damit das öffentliche Leben in Deutschland wieder in gesetzliche Bahnen gelenkt und eine Vertretung geschaffen werde, die berechtigt sei, für Deutschland Frieden zu schließen. Ebenfalls hält der Staatsrat für Anhalt den 18. Februar für zu spät und empfiehlt, durch Abfertigung der Fristen und beschleunigte Vorarbeiten die Wahl spätestens bis Mitte Januar zu ermöglichen, da eine Einnahme der Reichsversammlung geförder und die Kriegendankbarkeiten erhöhe.

Auch die Stadtverordnetenversammlung in Oldenburg fordert eine frühere als die vorgeschlagene Festlegung der Wahlen, und eine Reihe von Handelskammern in gleichem Sinne. Mit bürgerlichen Rufem vereint sich schließlich auch die „Sozialistische Korrespondenz“, die eine Abhaltung der Wahlen am 19. Januar verlangt, nachdem auch das Reichsamt des Innern die Einberufung dieses Termins für möglich erklärt habe.

Ein merkwürdiger Arbeiterrat.

Uns wird mitgeteilt, daß der Arbeiterrat von Oldenburg zu seinen Mitgliedern einen Rigarenfabrikanten und Kommerzienrat, einen Rittergutsbesitzer und Altmeister d. L., daneben einen Gerbereibesitzer, einen Schuhmachermeister und einen Kürschnermeister zählt. Luden ist ein Ort ohne bedeutende Arbeiterschaft. Wenn die nicht zum Proletariat zählenden Teile der Bevölkerung aus einem „Rat“ zur Wahrung ihrer Interessen wählen, so läßt sich dagegen nichts einwenden. Es geht jedoch nicht an, daß sich so etwas als „Arbeiterrat“ bezeichnen und aufspielet. Die Herren würden es sicher sehr abnehmen, wenn man ihnen den Vorwurf bewiesener Täuschung der Öffentlichkeit machte, und daß sich der Vorgang solcher Zusammenkünfte recht ähnlich

Sitzung des Soldatenrats.

Der Plenarsaal des Reichstages ist voll besetzt, ebenso die Tribünen. Vom Volksgesetz sind u. a. anwesend Parische, Kollnitzer und Cöhen-Neu.

Vorsitzender Gottschling eröffnet die Sitzung. Das Bureau gibt zu Beginn eine Erklärung ab, die sich auf die in den Tagesordnungen wiederholt erschienenen Veröffentlichungen bezieht, wonach die Soldatenräte Groß-Berlins neben ihrer festgesetzten Wohnung namhafte Extrazuschüsse bezögen. Demgegenüber weist das Bureau darauf hin, daß die Soldatenräte Groß-Berlins keinerlei Gehalt bezögen hätten. Erst durch eine Verfügung vor wenigen Tagen ist den Soldatenräten eine Aufwandsentschädigung von 5 M. täglich zugesprochen worden. Die Öffentlichkeit möge die Soldatenräte und ihre gewählten Bureau auch nicht hinsichtlich der deren Bezüge mit dem Volksgesetz vergleichen. Der Bericht wird ohne Debatte angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft die Ausschüsse. Es entspinnt sich eine sehr lange Debatte über einen Antrag, der drei Kommissionen zur Aufklärung des Wahls vorgeschlägt. Einige Redner treten mit Nachdruck dafür ein, keine besonderen Kommissionen einzusetzen, um nicht in den bekannten Fehler der Arbeiten des ehemaligen Reichstages zu verfallen. Der Herr Gottschling läßt die Frage, indem er vorgeschlägt, einen Wahlschlichtungsausschuß von etwa 15 Mitgliedern zu bilden, der die einzelnen Anträge vereinfacht und in kristallisierter Form vor die Plenarsitzung zu bringen hat.

Ein Vertreter der Groß-Berliner Kriegsgenossen teilt mit, daß sich ein Ausschuß von drei Kriegsgenossen und drei Beamten gebildet habe, zu dem der Soldatenrat seinerseits drei weitere Mitglieder zu delegieren habe. Dieser Ausschuß habe sich vor allem zur Aufgabe gemacht, die von der Regierung bereits getroffene neue Militärgerichtsordnung sofort einzuführen und die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Gen. Albrecht (V. S. S. D.) weist auf die Notwendigkeit hin, ein Einverständnis zwischen dem Volksgesetz und den Soldatenräten Groß-Berlins zu schaffen.

Der Antrag auf eine 15gliedrige Kommission wird einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, der den Volksgesetz um Aufklärung über die Zeitungsnachricht erucht, wonach innerhalb zweier Wochen 80 Millionen Mark von den A. u. S. Mätern verauslagt worden seien, wird vorläufig zurückgestellt.

In einer außerordentlich gehetzten und zeitraubenden Debatte wird über die zu wählenden 15 Mitglieder des beschlossenen Ausschusses diskutiert. Ritten darin wird ein Antrag auf einstimmige Annahme, wonach nur solche Soldatenräte als Mitglieder des Ausschusses oder irgendwelches Bureau beschließen vorgeschlagen werden dürfen, die in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu dem bisherigen Volksgesetz stehen. Als dieser Beschluß nachträglich von mehreren Rednern, u. a. von Cöhen-Neu lebhaft angegriffen wird, wird er nachträglich durch folgende Interpretation erwidert: Wer mit einem Vertrauensamt betraut wird und in irgendeinem Abhängigkeitsverhältnis zum Volksgesetz steht, hat dies vorher zu erklären. Hat die Versammlung trotzdem das Vertrauen zu ihm, so wird er gewählt. Inzwischen hat sich die Wahl der 15 Mitglieder der neuen Kommission, ebenso wie die Wahl der drei Mitglieder des Soldatenrates für die Berichtskommission vollzogen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt ein Dringlichkeitsantrag, betreffend ein Wahlreglement zu den Soldatenräten wählen, das vom Volksgesetz ausgearbeitet wurde. Es entspinnt sich eine zum Teil sehr lebhaft und erregte Debatte über die Wahlberechtigung der Offiziere und der militärischen Beamten mit Offiziersrang. Während einige Redner darauf hinweisen, daß es Billigkeit sei, während einige andere darauf hinweisen, daß es Billigkeit sei, den Offizieren sowohl die aktive wie passive Wahlrecht zu geben, ermahnt der Vorsitzende die Versammlung, nicht wieder in den alten Fehler zurückzufallen, den konterrevolutionäre gesinnten Offizieren, die jetzt den Soldaten nach dem Munde reden, zu Recht und Einfluß zu verhelfen. Die Offiziere sind eine Gefahr für unsere Revolution; denn von ihnen gehen alle Bewegungen aus, die sich gegen uns richten. (Begeisterter Zustimmung.)

In der Abstimmung wird den Offizieren das aktive Wahlrecht einstimmig zugesprochen, das passive Wahlrecht wird ihnen mit großer Mehrheit verweigert. Die Versammlung nimmt dieses Resultat mit großem Beifall auf. In gleichem Sinne wird über das aktive und passive Wahlrecht der Militärbesamten mit Offiziersrang beschlossen, wozu einer der Delegierten, der Offiziersrang besitzt, in etwas demonstrativer Form und unter großem Lärm sein Amt niederlegt und den Saal ostentativ verläßt.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird über das Wahlreglement gesprochen. Vom Bureau aus wird festgestellt, daß das vom Volksgesetz vorgeschlagene Wahlreglement ohne jede Mitwirkung des Bureau entstanden sei. Auf den Antrag von Cöhen-Neu wird beschlossen, eine kleine Kommission einzusetzen, die in gemeinschaftlicher Verhandlung mit den Kameraden des Volksgesetzes die Mängel dieses Wahlreglements revidieren solle.

Als dritter Punkt der Tagesordnung wird ein Antrag der Dolmetscherschule über Kriegserheimstätten besprochen. Danach wird die Delegiertenversammlung der Soldatenräte er-

sucht, die vom Hauptauschuß für Kriegserheimstätten unterbreiteten Vorschläge durch ein Komitee kleinstmöglich durchzuführen im Interesse der zurückkehrenden Soldaten. Im einzelnen handelt es sich dabei um eine Regelung des Entlassungsrechtes, um ein allgemeines Vorlaufsrecht beim Besitzwechsel von Grund und Boden und um eine Sicherung des ausgedienten Bodens gegen Spekulation Mißbrauch. Der Antrag wird ausführlich begründet und ohne Debatte einstimmig angenommen.

Als vierter Punkt der Tagesordnung folgt der Bericht des Siebenerausschusses, den Cöhen-Neu erstattet. Infolge des Materials, das sich gegen einige soldatische Mitglieder des Volksgesetzes angeammelt hatte, war es dem Ausschuß bisher nur möglich, den Fall Waly zu erledigen, der von dem Berichterstatter in allen Einzelheiten dargestellt wird. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß Waly vor dem Untersuchungsrichter vor allem die Pläne der Genossen Ledebour und Barth verraten und damit den Erfolg der Berliner Revolution gefährdet habe. Daher hat der Volksgesetz mit Recht seinen Rücktritt verlangt. Wenn Waly auch nicht als Einzelgänger bezeichnet sei, so habe er doch durch seine Aussagen das in ihn gesetzte Vertrauen gründlich getrübt. Dagegen sei die Siebener-Kommission einstimmig zu dem Resultat gelangt, daß den Genossen Ledebour und Barth wegen ihres Verhaltens zu Waly nicht das geringste Vorwurfs sei. Die Versammlung nimmt diesen Bericht ohne weitere Debatte entgegen.

Als fünfter Punkt der Tagesordnung folgt die Gesamtwahl zum Volksgesetz für die ausgedienten Mitglieder Waly und Colin-Roh.

Goldschmidt (Spandau) schlägt den Vorsitzenden Gottschling als Kandidaten vor mit der Begründung, daß man in diesem entscheidenden Augenblick nur Leute von erprobter revolutionärer Bestimmung wählen dürfe. Auf den Antrag eines anderen Redners, Colin-Roh wieder in den Volksgesetz zu wählen, erklärt Goldschmidt, er halte an seinem Austritt fest, da er keine Möglichkeit sehe, erbrüchliche Arbeit im Volksgesetz zu leisten. (Es sei an dieser Stelle bemerkt, daß während der ganzen Verhandlung eine nicht geringe Spannung zwischen der Versammlung und dem Volksgesetz zutage trat.)

Neben dem Vorsitzenden werden noch sechs weitere Kandidaten vorgeschlagen, die nach dem Beschluß der Versammlung aufgeführt werden, einzeln nacheinander hervortreten und ihr politisches Glaubensbekenntnis ablegen. Das Ergebnis dieser ausgedehnten Generaldebatte ist nicht gerade sehr ermutlich; denn die Mehrzahl der Vorgesprochenen hat keinerlei Verantwortung, die im Zusammenhang mit nennenswerter oder politischer Tätigkeit in der sozialdemokratischen Partei steht. Ja, die meisten der Vorgesprochenen bemerken durch ihre Ausführungen, daß ihnen sogar die elementarsten politischen Erfahrungen und Kenntnisse fehlen. „Ein wenig rühmendes Blatt zur Geschichte der Revolution“, so fachte ein Redner diese sechs Redner zusammen, die in der ganzen Versammlung ein merkliches Gefühl der Verlegenheit ausstrahlten. Erst als ein neuer Kandidat, der Genosse Albrecht, erklärte: Ich bin 18 Jahre Mitglied der Partei und bin jetzt Mitglied der U. S. S. D., löste sich dieses peinliche Gefühl in einen lebhaften Beifall auf. Nach anfänglicher Belagerung erklärte sich auch der Genosse Gottschling bereit, die Wahl in den Volksgesetz anzunehmen. Bei der Abstimmung werden 200 Stimmen abgegeben. Die Genossen Gottschling und Albrecht werden mit überwiegender Majorität gewählt.

Allmählich beginnt nach sechsständiger Debatte der Plenarsaal sich zu leren. Es folgt als sechster Punkt der Tagesordnung die Aufwandsentschädigung der Soldatenräte, wozu der Schriftführer Vieh eine große Reihe von Anträgen beilegt. Es handelt sich um die 5 Mark Aufwandsentschädigung, die den Soldatenräten außer der ihnen zustehenden Wohnung ausbezahlt werden soll. In einer lebhaften Debatte wendet sich ein Redner gegen die hohen Summen, welche der Volksgesetz sich selbst, seinen Schreibern und Angehörigen bewilligt hat. Ein anderer Redner richtet seine Kritik gegen zu hohe Lohnforderungen, weil die Betriebe zugrunde gehen müssen, wenn die jetzigen Löhne weitergezahlt werden sollen. Mitten in dieser Diskussion wird ein Protest gegen den Terzernenten für das Straßburger, Zimmermann, dem Siebenerausschuß überwiesen. Ein Antrag über sofortige Aufklärung, betreffend die Wahl von Trippe in den Volksgesetz, wird angenommen.

Ferner wird ein Antrag angenommen, wonach die Volksgesetzversammlung der Soldatenräte Berlins die sofortige Veräußerung der bestehenden Soldatenräte ohne Rücksicht auf die Umstellungen der bisherigen militärischen Formationen in zivile, dem Kriegsministerium unterstellte Staatsbetriebe gefordert wird.

In der weiteren Diskussion über die Aufwandsentschädigung für die Soldatenräte warnt Schriftführer Vieh davor, daß die Soldatenräte höhere Forderungen stellen. Nach einer weiteren Diskussion und einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte erklärt Vieh, daß das Kriegsministerium dahin informiert werden solle, daß eine Verfügung erlassen werde, wonach für die Soldatenräte außer den 5 M. auch die Arbeitszulage von 8 M. bestehen bleiben solle. Nach einer weiteren lebhaften Debatte gelangt die Versammlung zu dem Beschluß, ihre nächste Sitzung am Sonntag vormittag abzuhalten.

Schluß der Sitzung 10 1/2 Uhr abends.

Ihren Anschluß an die Deutschnationalen Volkspartei vollzog nach der Deutschkonferenzen auch die Christlichsozialer Partei. Herr Lehmann, der Vorsitzende des Christlichnationalen Arbeiterkongresses trat in den Arbeitsausschuß ein.

Herderungen der Weifen. Eine in Bremen abgehaltene Versammlung des weifischen Vereins für den 6. hannoverschen Reichstagswahlkreis verlangt in einer Entschiedenheit die Wiedergutmachung des Unrechtes von 1866 und die Errichtung eines Bundesstaats Hannover.

Amfliche Bekanntmachungen.

Ausführungsbestimmungen für die Arbeiterratswahl Groß-Berlins.

Die Wahl findet auf Grund des Verhältniswahlsystems und geheim statt. Bei Wahlkörpern von 1000 Personen wird der Kandidat in der Verlesung mit einer Unterstützung von 150 Wahlberechtigten aufgestellt und in geheimer Wahl gewählt, wobei einfache Majorität entscheidet. Bei Wahlkörpern, die berechtigt sind, mehrere Arbeiterratsmitglieder zu wählen und Listenwahl stattfinden, müssen die einzureichenden Listen die Unterstützung von 50 der wahlberechtigten Personen tragen. Vorschlagslisten müssen zwei Tage vor der Wahl eingereicht werden.

Wird nur eine Liste eingereicht, so gilt dieselbe als gewählt. Werden mehrere Listen eingereicht, so werden sie der Reihenfolge des Einganges nach numeriert. Zu wählen ist nur die Nummer der Liste.

Das Wahlergebnis wird durch den Wahlortanhand des Wahlkörpers dem Zentral-Wahlbüro, Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, sofort nach dem Wahlakt übermittelt. Das Zentral-Wahlbüro fertigt nach Prüfung der Wahl den gewählten Arbeiterratsmitgliedern ihre Legitimation aus.

Die Wahlkommission. J. A. Neumann.

Aufklärungszentrale Osten.

An die Arbeiter- und Soldatenräte der Ostprovinzen diesseits der Grenze.

Der Berliner Volksgesetz hat beschlossen, zur Stärkung und zum Ausbau der sozialistischen Interessen im Sinne der neuen Republik als Provinzialrat bis zum 10. 12. 18 eine Aufklärungszentrale Osten für alle dortigen A. u. S. Mätern zu schaffen. Diese Aufklärungszentrale soll für die Soldatenräte des Ostens die Schaffung gemeinsamer Richtlinien hinsichtlich ihrer Tätigkeit, Absichten und Ziele sowie der Beaufichtigung aller Teilnehmenden ermöglichen.

Zu diesem Zweck beauftragen wir den A. u. S. Rat Thorn, alle A. u. S. Mätern des Ostens mit seinem Rat in entscheidender Fragen zu unterstützen. Der A. u. S. Rat steht in direkter Verbindung mit dem Berliner Volksgesetz.

Die Bildung dieses Provinzialrates ist für den Zusammenhalt der A. u. S. Mätern des Ostens erforderlich, damit diese als geschlossener Block die Interessen der deutschen sozialistischen Republik vertreten können.

Parteiwoche.

Die letzten erschienenen Nummer 49 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ (früher „Sozialistische Auslandspost“) enthält folgende Beiträge: Rub. Breitscheid, „Der 10. Februar“; S. Kerpel, „Der Aufmarsch der Parteien“; H. Jädel, „Die Umgestaltung der Industrie“; E. Graf, „Lisab“; B. Schulz, „An der Mitter!“.

„Der Sozialist“ kann bei allen Postämtern des In- und Auslandes wie auch beim Verlag (L. Breitscheid, Berlin W. 18, Rajanenstr. 68) abonniert werden. Einzelnnummern sind zum Preise von 50 Pfg. in der Expedition der „Freiheit“ und bei den Straßenhändlern zu haben.

Letzte Nachrichten.

Blutiger Ueberfall auf ein Bekleidungsamt.

Wien, 8. Dezember. In der vergangenen Nacht wurde wieder ein Angriff auf das Korps-Bekleidungsamt versucht. Eine Bande von Soldaten und Zivilisten, etwa 80 Mann stark, übernahm das Doppelposten und setzte sich in den Besitz eines Maschinengewehrs. Danach erfolgte ein Ueberfall auf die Kaserne der Maschinengewehr-Kompagnie des 6. Grenadier-Regiments, wobei es die Angreifer vermuthlich auf die Bekleidungs-Magazine abgesehen hatten. Es kam zu einem reger Kampfe, bei dem auf beiden Seiten Maschinengewehre und Handgranaten in Tätigkeit traten. Schließlich gelang es, die Angreifer zu überwältigen und gegen 25 Mann festzunehmen; von den circa 20, zum Teil schwer Verwundeten, ist eines seinen Verletzungen erlegen.

Lebensmittelversorgung und Waffenstillstandsvertrag.

Berlin, 8. Dezember. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Admiral Beatty erklärte am 15. 11., daß die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln von der Echtheit und dem guten Willen abhängt, mit dem die Forderungen des Waffenstillstandsvertrages ausgeführt werden. Admiral Neurer antwortete darauf, daß der Chef des Hochseefliegerskommandos bestrebt sei, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Bedingungen des Waffenstillstandes so schnell und so gewissenhaft als möglich zu erfüllen.

Strategische Pläne der Tschechen.

Wien, 8. Dezember. Die „Zeit“ meldet: Aus Lundenburg sind starke tschechische Streitkräfte teilweise auf Transportzügen im Anmarsch gegen Nikolburg. Die Tschechen machen kein Geheimnis daraus, daß sie die von Prag nach Budapest führenden Bahnlinien in Besitz nehmen und die Verbindung mit der in Ungarn eingerückten russischen Balkanarmee herstellen wollen.

Die englischen Wahlen.

Neuter meldet aus London, 8. November: Gestern fand die Aufstellung der Kandidaten für die allgemeinen Wahlen statt. Die Aufstellung dieser Kandidaten bedeutet ihre Wahl, wenn keine anderen Kandidaten aufgestellt werden. Auf diese Weise sind denn ungefähr 100 Kandidaten für gewählt erklärt worden. Die Abstimmung findet am 14. Dezember statt. John Gifford, der Redakteur der „English Review“, ist in London als Gegenkandidat Lord Curzon aufgestellt worden.

Politische Nachrichten.

Ein Reichsausschuß wurde durch den Staatssekretär des Innern ins Leben gerufen und mit seiner Leitung Herr August Euler aus Kantonen a. M. betraut, der den Titel „Unterstaatssekretär“ führen wird.

Eine neue Verordnung über Drucksachen wurde veröffentlicht, die den Bodenumfang der Tageszeitungen unter Quarantänelegung ihrer Seitengahl und Erscheinungsort einschränkt und die Zurücknahme und den Austausch unverkaufter Exemplare (sogenannter „Remittenden“) verbietet. Sie ist veranlaßt durch die augenblicklichen Kohlen- und Transportmängel, die für die nächste Zeit eine Papierbelieferung der Tageszeitungen in dem bisherigen Umfang als unzureichend erscheinen lassen, und stellt lediglich eine vorübergehende Maßnahme dar.

Ueber Eingriffe der letzten A. u. S. Mätern in die Beschaffung und Veräußerung von Reichsbekleidungsstoffen wird geklagt. Terzistische Eingriffe machen es der Reichsbekleidungsstelle unmöglich, die in Frage stehenden, die ihr zur Verfügung stehen, angemessen an die Bevölkerung zu verteilen. Die Reichsregierung macht wiederholt nachdrücklich auf das Unzulässige und Schädliche solcher Mißbrauch gewiß wohlgemeintem Maßnahmen aufmerksam und erwartet, daß 4-5ünftig unterbleiben.

Stin die Expedition „Die Freiheit“

Berlin 1111 6

Schiffbauerdamm 19.

Struckfasse

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Halleschen Platz, Direkt. Fried. Kopschke, 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

Opernhaus. 18 Uhr: Sinfonie-Mittagskonzert. 7 1/2 Uhr: Sinfoniekonzert der Kapelle der Oper.

Schauspiele. 7 Uhr: Die Judaslecke.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater. 7 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.

Kammerspiele. 7 Uhr: Der Sohn.

Kleines Schauspielhaus. Parnassusstr. 1, Post 3. 7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen.

Hr. Carl Weinhold - End. Bernauer
Theater I. d. Königprätzer Strasse. 7 1/2 Uhr: Rosmersholm.

Komödienhaus. an der Marschallstraße. 7 1/2 Uhr: Tanzende Nymphe.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Sterne.

die wieder lebenden Operette in 3 Akten. Musik von Walter Kalke.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky. 7 1/2 Uhr: Der Schöpfer. Sonntag: Der Schöpfer. Sonntag: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung.

Trianon-Theater. Hof-Friedrichstr. 21, 407, 2091. 7 1/2 Uhr: Der gute Ruf.

Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus Charlottenb. 7 1/2 Uhr: Die Fledermaus.

Friedrich-Wilhelms-Str. Theater. 7 1/2 Uhr: Hannele. Das Ursimlidenhaus. II. Teil.

Kleines Theater. Adam, Eva u. die Schlange.

Romische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. 8 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Metronom-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Puschingsfee. 8 1/2 Uhr: Wiener Blut.

Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Die Glocken von Carnerville. 8 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Mikado mit Claire Du. Sonntag: Der Bräutigam.

Residenz-Theater. 7 1/2 Uhr: Dyckerpotts Erben.

Schiller-Theater Unter den Eichen. 7 1/2 Uhr: Ein Volksfeind.

Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Das neue Leben. 8 1/2 Uhr: Polnische Wirtschaft. Sonntag: Frau Helke.

Theater am Ballustrassen. 7 1/2 Uhr: Der verwunschene Prinz. 7 1/2 Uhr: Eva.

Wallner-Theater. 7 1/2 Uhr: Graf Hohenheim. 8 1/2 Uhr: Der Märchenwald.

Das Tagebuch einer Verlorenen.
Name: **Richard Oswald**
Hauptrollen: Anna Moroni, Leopold Lindtberg, Werner Krauss, Konrad Schmidt, u. I. Kutschera, u. I. Kutschera, u. I. Kutschera.
MIA MAY u. I. Kutschera
Ossi Oswald
Harry Liedtke
Das Mädel vom Ballet
Regie: Franz Schiskowitz
u. I. Kutschera, u. I. Kutschera, u. I. Kutschera.
Die Waffen nieder!
Nach dem Roman von Bertha u. Günter U. I. Kutschera
Gunnar Tolnaes
u. I. Kutschera, u. I. Kutschera, u. I. Kutschera.
Pola Negri
u. I. Kutschera, u. I. Kutschera, u. I. Kutschera.
u. I. Kutschera, u. I. Kutschera, u. I. Kutschera.
UT

Lichtspiele
Verlängert!
Söhne des Volkes
Film der Zeit von Ole Olson und S. Michaells
mit **Gunnar Tolnaes**
Vorführung 6 und 8 Uhr.

Verlängert!
Sorten
DIE BLAUE LATERNE
Regie: Rudolf Bleibach
MOZARTSAAL

Theater des Westens.
Die instigie Witwe
7 1/2 Uhr: Die instigie Witwe
Sonntag: 4 Uhr: Aschenbrödel.
APOLLO
Theater
Dir. JAMES KLEIN
Allabendlich 7 1/2 Uhr.
Sonntags 3. und 7 1/2 Uhr.
Die Welt geht unter!
Senta Söndland, Louis Blotner
Fritz Koch, Irina Bekmann
Frieda Henke
NADCHURA'S Elefant
ROSTON'S Affenmensch
Transys Blumenkresse
usw.
Sonntags 2 1/2, jed. Erwachsene
1 Kind frei!

Casino-Theater.
Lottiniger Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr
Neul. Das Jahrige Volksstück Neu!
7 1/2 Uhr: Aschenbrödel.
Die goldene Brücke
Vorher: Kraftsaugende Spezialitäten.
Sonntag 2 1/2 Uhr: Der Sänger.
Wintergarten
Das grosse
Spezialitäten-Programm
Anfang 8 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Liniestr. 83-85.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 188, 1229, 1927, 9714.
Sitzung: **Rohrleger und Helfer Groß-Berlins!**
Sonabend, den 7. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr:
Branchenversammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4.
Tagesordnung:
Fortsetzung der Tagesordnung der Versammlung vom 1. Dezember 1918.
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, bei der
Saal um 7 Uhr geöffnet sein wird.
S. C.

Sozialdemokratischer Wahlverein d. 4. Berliner Reichstagswahlkreise U. S. P. D.
Petersburger Viertel.
Am Sonntag, den 8. Dez. vormittag pünktlich 10 Uhr findet im Lokal
Pfeiferberggasschank, Frankfurter Alle 313
eine Viertels-Versammlung statt.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Zeuner: Die Arbeiterklasse im neuen Deutschland. 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht die Viertelsleitung
Franz Eidam.

U. S. P. III. Kreis.
Freitag, den 6. Dezember 1918, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus
große öffentliche Volksversammlung
Tagesordnung:
„Das neue Deutschland“.
Referent: Polizeipräsident Emil Eichhorn.
Zahlreichen Besuch erwartet:
Der Vorstand.

Soldatenräte der U. S. P.!
Sämtliche Soldatenräte in den Groß-Berliner Formationen, die auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen, werden eingeladen, sich am
Sonabend, den 7. Dezember, abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 (Saal 11), zu einer
Besprechung über die bevorstehenden Neuwahlen der
Soldatenräte einzufinden.
Zutritt nur gegen Legitimation.

Einladung zur öffentlichen Sitzung
des neugegründeten Vereins „Im Kampf ums Recht“
Sonntag, den 8. Dezember 1918, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Neuen Philharmonie,
Köpenickerstr. 36/37
Tagesordnung:
1. Aufklärung über Ziele und Zwecke des Vereins.
2. Diskussion.
Der geschäftsführende Ausschuss:
Worlitzer, Wesemann, Thomaschewski, Berliner, Thau, Werner.
Der Verein bezweckt:
1. Allen denjenigen, die sich unschuldig verurteilt fühlen, gleichgültig ob sie die Strafe zu verbüßen oder schon verbüßt haben, im Amnestiewege das Recht des Wiederaufnahmeverfahrens zu verschaffen.
2. Verteidigungshilfe den Angeklagten zu gewähren, sei es durch Bestellung von Verteidigern oder durch Ermittlungen.
3. Besonderen Schutz gegen die Verbreiter übler Nachrichten zu gewähren oder herbeizuführen.
4. Beschwerden, die Rechtspflege betreffend, in geeigneter Weise zu heben und zu vertreten.
5. Das Sachverständigenwesen zu bekämpfen.
Jede männliche und weibliche Person über 20 Jahr kann die Mitgliedschaft erwerben.

Grammophone und Platten
BIAL & FREUND
ALEXANDRINENSTR. 97
BERLIN S 42
GROSSE AUSWAHL
BILLIGE PREISE
AUFMERKSAM
BEQUEME
ZAHLWEISE
Verlangen Sie unsern Prospekt 338.

Kleine Anzeigen
Zeitungs-Austrägerinnen
werden noch gesucht in
Lichtenberg
Engel-Nene Bahnhofstr. 35
im Laden und bei
Prouß, Tisdorfer Straße 3
im Laden, im 36ten bei
Jordan, Dresdener Str. 24
im Laden und bei
Baum, Stallescnebergstraße 47
im Laden.

Botenfrauen
sucht
Charlottenburg
Kaiserin-Augusta-Allee 6.

20 Botenfrauen
sucht
Spedition Mews,
Genter-Strasse 26.

30 Botenfrauen
zum Austragen d. „Freiheit“
(70 M. pro 100 Exemplare)
sucht
Lehmann,
Liebigstraße 16.

Botenfrauen
zum Austragen
der „Freiheit“
verlangt
Sinner, Muckauer Str. 31.

Möbel, Stühle und Klebe
billig verkäuflich. Langestr. 104
von 1. Tra. Bank.

Frauen,
die im Westen wohnen, finden
dauernde Beschäftigung
Mittwoch nachmittags
Frau Marie Böring,
W 27, Steinmetzstr. 29
von 9-10 Uhr.

Botenfrauen
zum Austragen der „Freiheit“
verlangt
Spedition Engel,
Lichtenberg, Neue B-Bahnhofstr. 38.

Bestellschein.
Bitte hier ausfüllen, ausfüllen und einfüllen an den
Verlag der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
ab 1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Die Freiheit“
Verleger Oskar
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
zum Preise von M. 2,00 monatlich bei freier Zustellung
ins Haus.
Name: _____
Vorname: _____
Beruf: _____
Ort: _____ Straße: _____
Post. Nr. _____ S. G. O. G. r. l. _____

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. U. S. P. D.
Freitag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Frauen-Versammlung
in der Bötow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242/47.
Tagesordnung:
Die Frau als freie Bürgerin.
Referent'in: Frau Mathilde Wurm.
Um zahlreiches Besuch wird gebeten.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Liniestr. 83-85.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 188, 1229, 1927, 9714.
Freitag, den 6. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr:
Vertrauensmännerkonferenz
der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher, Dreherinnen
sowie Rundscheifer
in den Central-Theater-Festhallen, Alte Jakobstr. 35, Spiegelstr.
Tagesordnung:
1. Aussprache über den Kollektivvertrag.
2. Branchenausgleichsbesitz und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die außerordentlich wichtige Tagesordnung erfordert das
Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen. Sämtliche noch
gestehende Sammelkarten der Branchenkommision müssen auf
dieser Konferenz zurückgegeben werden.
Montag, den 9. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr:
Branchenversammlung
der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher, Dreherinnen
sowie Rundscheifer
in den Central-Theater-Festhallen, Alte Jakobstraße 35,
Großer Saal.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Kollektivvertrag.
2. Branchenausgleichsbesitz und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die außerordentlich wichtige Tagesordnung erfordert das
Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen.

Nationalversammlung und Räteversammlung.

Von R. Kautsky.

III.

Man sieht jetzt, was hinter der Auffassung der Leute von der „Neuen Phase“ steht, die die Nationalversammlung schiantweg der Gegenrevolution gleichsetzt. Ihnen erscheint nur die erste Phase der Revolution, die des Umsturzes, als die der Revolution. Sie können nicht begreifen, daß die zweite Phase etwas anderes sein könne, als die der Gegenrevolution. Die Phase der Konsolidierung ist ihnen ein Grauel, ein Verbot am Sozialismus, denn sie bilden sich ein, der Sozialismus sei in gleicher Weise durch Umsturz des Kapitalismus zu erreichen wie die Republik durch Umsturz der Monarchie. Wie das eine nicht ohne gewalttätige Ausbrüche zu erreichen sei, die mit Unruhe und Unordnung verknüpft seien, so auch das andere.

Doch der Unterschied zwischen der Verbeifügung der Republik und der des Sozialismus tritt schon hier zutage, daß jene unter Umständen in einigen Stunden durchzuführen ist, indes der Aufbau des Sozialismus Jahrzehnte erfordert. Ferner darin, daß Republik und Monarchie einander ausschließen. Der ganze Staat kann nur entweder das eine oder das andere sein. Dagegen gibt es keine Produktionsweise, die ausschließlich herrscht. Der Kapitalismus hat allmählich im Laufe des letzten Jahrhunderts einen Industriezweig nach dem anderen ergriffen. Vorkapitalistische Produktionsweisen, sogar Ueberreste des Agrarfeudalismus haben sich in seinem Schoße bis heute erhalten. So werden auch sozialistische und kapitalistische Produktionsformen eine Zeitlang nebeneinander existieren.

Mit anderen Worten: die soziale Revolution ist ein ganz anderer Vorgang, erfordert ganz andere Methoden, als die politische Revolution, und was gut für diese ist, braucht noch lange nicht gut für jene zu sein.

Ist die politische Revolution nicht möglich ohne Unruhe und Unordnung, so setzt die soziale Revolution das Funktionieren des Produktionsprozesses voraus. Sie vollzieht sich um so besser, je gesicherter Ruhe und Ordnung, je größer das Vertrauen zum Bestand des neuen Regimes. Und da das am ehesten erzielt wird durch eine Nationalversammlung, da sie den Staat am besten aus dem Stadium des Provisorischen herausführt, darum ist diese Versammlung eine ökonomische Notwendigkeit und eine Vorbedingung einer sozialistischen Revolution, die sich nicht auf bloße Proklamationen beschränkt, sondern tatsächliche sozialistische Produktion herbeiführen will. Es ist höchste Zeit, daß wir aus dem Stadium des Provisoriums und der Unsicherheit herauskommen.

Man lasse sich nicht irreführen durch den Hinweis auf die große französische Revolution, die fünf Jahre lang, von 1789 bis 1794, in diesem Stadium verblieb.

In Frankreich gab es damals erst dürftige Anfänge eines industriellen Kapitalismus. Die große Masse der Bevölkerung bestand aus Bauern, von denen jeder auf dem eigenen Boden fast alles produzierte, was er brauchte, sogar die meisten Industrieprodukte. Was er nicht selbst herstellen konnte, lieferte er an der Dorfschmiede. Seine Produktion wurde nicht gestört, wenn es in den großen Städten drunter und drüber ging. Im Gegenteil, in der Zeit blieb er frei von Steuern, konnte er seinen Betrieb verbessern. Und wenn der Bürgerkrieg hier und da auf das flache Land übergriff, so waren es doch nur begrenzte Gebiete, die dadurch vorübergehend gestört wurden. So vermochte die von den feudalen Lasten befreite Landwirtschaft Frankreich sich in den fünf Jahren permanenter Inflationen nicht nur zu behaupten, sondern zu verbessern, so daß sie am Ende der revolutionären Periode gestärkt dastand, ein großer innerer Reichtum für die kapitalistische Industrie, die nun, nach dem Stadium der Unruhe, reich emporstrebte.

Die kapitalistische Industrie selbst kann in einem Stadium der Unruhe nicht gedeihen. Sie ist aufgebaut auf der Arbeitsteilung, auf der wechselseitigen Abhängigkeit der einzelnen Betriebe voneinander, auf dem Weltverkehr, auf dem Kredit. Jede Störung, jede Unsicherheit an einem Punkte erzeugt gleich weitreichende Krisen.

Und heute ist diese wechselseitige Abhängigkeit auch auf die Landwirtschaft übergegangen. Der Bauer vermag ohne Produkte der Industrie nicht mehr zu leben und zu arbeiten. Er spinnt und webt nicht mehr selbst und der Dorfschmied genügt ihm nicht mehr, seine Produktionswerkzeuge herzustellen. Er braucht Maschinen, braucht künstlichen Dünger, er braucht die Zufuhr von Futtermitteln und dem Ausland. Und er kann nicht mehr wirtschaften ohne Kredit.

Unter solchen Umständen wirkt eine längere Periode von Unruhe ganz anders, als vor 125 Jahren. Die Landwirtschaft konnte damals im Bürgerkrieg aufblühen — nicht die Industrie, die litt auch damals schon, so z. B. in Lyon, dessen Arbeiter durch die Not schließlich gegenrevolutionär wurden. Heute geht selbst das rühmlichste Beispiel am Bürgerkrieg ökonomisch zugrunde. Ein hochindustrielles Land wie Deutschland vermag das Stadium der Unruhe und Unsicherheit noch weit weniger lang auszuhalten.

Man wird freilich einwenden, daß das hier Gesagte nur von der kapitalistischen Industrie gelte. Aber wir haben die einmütige und können sie nicht mit einem Schlag durch die sozialistische ersetzen. Und selbst wenn das möglich wäre, würde dadurch an der Notwendigkeit von Sicherheit und Stabilität der neuen Ordnung nichts geändert, denn die sozialistische Produktionsweise bedarf ihrer nicht minder wie die kapitalistische, weil sie ebenso wie diese ein System gesellschaftlicher Produktion ist. Es ist ein ganz lächerliches Vorurteil, zu glauben, Ruhe und Ordnung seien nur notwendig im Interesse der Ausbeutung. Ausbeuten kann man auch in Zeiten der Unruhe und Unordnung. Wenn das Kapital nach Ruhe und Ordnung ruft, so geschieht es, weil seine Ausbeutung nicht auf gewalttätiger Plünderung und Sprengung beruht, sondern im Laufe des Produktionsprozesses vollzogen wird. Darum ist es an Ruhe und Ordnung interessiert. Sobald aber an Stelle des einzelnen Kapitalisten die Gesellschaft als Besitzerin der Produktionsmittel und Leiterin der Produktion tritt, übernimmt sie damit dem Kapital auch dessen Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung. Sie werben Vorbedingungen der Durchführung des Sozialismus, der sozialistischen Revolution. Das ist einer der Unterschiede zwischen der bürgerlichen, gegen den Feudalismus gerichteten, und der proletarischen, auf Überwindung des Kapitalismus gerichteten Revolution.

Was darf sich dabei nicht durch die Katastrophe verblüffen lassen, daß die Revolutionen von den bürgerlichen, den sozialistischen und anderen Parteien nicht ohne Unruhe und Unordnung zu erreichen sind. Diese Unruhe ist ein notwendiges

Argument, das die Gegner der Nationalversammlung als Beweis dafür vorbringen, daß sie ein Werkzeug der Gegenrevolution sein müßte. Aber die bürgerlichen Parteien erkennen auch alle eine reiche Ernte im nächsten Jahr. Wüssen wir deshalb eine solche im Interesse der Revolution verweigern?

In der Frage der Nationalversammlung stehen auf der einen Seite alle, die ökonomisch denken und die ökonomischen Bedürfnisse der Produktion erkennen haben. Auf der entgegengesetzten Seite stehen bloß die Gewaltpolitiker, jene sonderbare Spielart des Marxismus, die man als tatarische bezeichnen kann, die glaubt, mit Gewalt alles erreichen und die Bedürfnisse der Ökonomie durch bloße Gewalt meistern zu können. An der Ueberschätzung der Gewalt, an der Verachtung der Ökonomie sind Wilhelm II. und seine Leute zugrunde gegangen. Deren Spuren sollten jähreden.

IV.

Eines muß man den Gegnern der Nationalversammlung sagen: Sie bietet uns keine Gewähr, daß wir in ihr die Mehrheit haben werden.

Sicher. Aber man sollte meinen, daraus folgt nur die verflachte Pflicht, alle Kraft anzustrengen, im Wahlkampf diese Mehrheit zu gewinnen. Doch die Spartakusse geben für sich, und wohl mit Recht, das Spiel von vornherein für verloren. Bisher sah unsere Partei ihre Aufgabe in der Revolutionierung der Köpfe, denn nur mit solchen läßt sich der Sozialismus durchführen. Die Spartakusse dagegen sehen ihre Aufgabe darin, eine Einrichtung zu erfinden, die uns diese mühsame Arbeit erspart, die uns den Sieg und die Herrschaft unter allen Umständen sichert, mögen die Massen für uns sein oder gegen uns.

Leider geht es mit dieser Erfindung wie mit der des Perpetuum mobile. Es wäre sehr schön, wenn sie gelänge. Wer das ist durch die Natur der Dinge ausgeschlossen.

Es gibt keine Einrichtung, die uns Sozialisten die Herrschaft sichert ohne die Mehrheit des Volkes. Sollen die A- und S-Räte das gesuchte Perpetuum mobile darstellen? Aber schon beginnt man, über das Einbringen gegenrevolutionärer Elemente in die Soldatenräte zu klagen. Von den Bauernräten und den Räten der „peinlichen Kultur“ will ich gar nicht erst reden. Aber auch die Arbeiterräte selbst! Spartakus identifiziert sich mit der Revolution. Aber welche Sicherheit hat er denn, daß die Arbeiterräte sich auf seinen Standpunkt stellen und nicht etwa auf den der anderen Sozialisten, die er als Schächer des Volks und der Gegenrevolution denunziert?

Ja, die A- und S-Räte erscheinen nicht mehr sicher genug. Schon sucht man nach einer neuen Sicherung und glaubt sie zu finden in der Verfassung der revolutionären, das heißt, so wie Spartakus denkenden Elemente der Arbeiterschaft. (Käte Höpner, 2. Dez.) Doch eben jetzt hat uns der Krieg gelehrt, daß die Unterlegenheit der Räte sich auf die Dauer nicht durch technische Beihilfe weit machen läßt, denn was die einen können, verstehen bald die andern auch. Die neuen Befehle machen nur das Auslöpfen der Konspiration wilder und grausamer, andern nichts am Resultat. Ein paar Leute können geheim rüsten. Sie bringen es aber höchstens zu einem Putz, der von der Masse bald erdrückt wird, kein dauerhaftes Resultat liefert. Sind's ihrer viele, die sich bewaffnen, dann merken's die andern und bewaffnen sich auch. So wird's auch auf diesem Wege unmöglich, mit rein mechanischen Mitteln die Revolutionierung der Köpfe zu ersparen und die Mehrheit dauernd zur Herrscherin der Mehrheit zu machen.

Ohne die Gewinnung der Mehrheit der Köpfe geht's einmal nicht, das muß unser festes Streben sein. Damit sagen wir freilich keine neue Wahrheit, sondern wiederholen nur, was seit einem halben Jahrhundert unsere besten Köpfe uns immer wieder erklärt haben. Aber die entgegenge setzte Ansicht, das Suchen nach einem Mittel, einer proletarischen Mehrheit ohne Gewinnung der Köpfe zum Sieg und zur Herrschaft zu verhelfen, ist noch älter, und ihr jegliches Aufstehen nur eine Wiederbelebung primitiver sozialistischer Anschauungen.

Sie entzwingen sich einem Stadium der Hoffnungslosigkeit. Am Tage nach einer Revolution der Arbeiter, die mit einem Aus zwei Dutzend Regierungen umwirft in einem Lande, in dem das Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung bildet, verweigert eine sozialistische Partei daran, die Massen zu gewinnen und die Mehrheit für die Nationalversammlung zu erobern. Sie bezweifelt daran, sich im Kampf der Geister in einer Arena zu behaupten, zu der alle Parteien und Klassen zugelassen werden.

Ein größeres Armutszeugnis kann jene Partei sich selbst nicht aufstellen. Wir haben ein besseres Vertrauen zu unserer Sache, die Masse des Volkes steht zur Zeit auf der Seite des Sozialismus. Sie hat alles Vertrauen zu den Parteien verloren, die bisher regierten. Von uns erwartet sie die Rettung, die ökonomische Rettung. Das ökonomische Interesse wird die ganzen kommenden Monate, ja viele Jahre beherrschen. Und darum verlangen die Massen nach einem aufbauenden Sozialismus, nicht nach Vereiwigung der Unruhe, nicht nach Verlängerung des Krieges durch Bürgerkrieg.

Von unserer Haltung hängt alles ab. Die Nationalversammlung ist auf dem Marsch und nichts vermag sie aufzuhalten. Die Sozialisten, die sich ihr entgegenstellen, können nur eines erreichen: die Verkleinerung der sozialistischen Mehrheit in ihr. Die Schuld dieser Sozialisten wäre es, wenn die Nationalversammlung gar eine gegenrevolutionäre Mehrheit aufwiese.

Gerade weil diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, müssen wir uns so dringender fordern, daß an Stelle des Kampfes gegen die Nationalversammlung der Kampf um sie mit voller Kraft aufgenommen wird.

Bewerkschaftliches.

Eine Beamten-Gewerkschaft.

H. L. B. berichtet: Nach gründlicher Vorbereitung ist der einseitige Zusammenschluß der gesamten deutschen Beamten-Gewerkschaft auf gewerkschaftlicher Grundlage unter Zustimmung aller beteiligten Verbände im „Deutschen Beamtenbund“ erfolgt. Der Bund umfaßt sämtliche Großorganisationen der Beamten und Lehrer mit etwa 14 Millionen Mitglieder und stellt damit die einzige Gesamtvertretung der deutschen Beamten-Gewerkschaft dar.

Zum ersten vorsitzenden wurde Generalsekretär Kemmerling gewählt, für den zweiten Vorsitz ist ein Vertreter der süddeutschen Landesverbände vorgesehen. In den Geschäftsführenden Vorstand wurde eine Reihe von Vertretern der verschiedenen Verbände und Gewerkschaften berufen.

Hauptforderungen des Komitees sind: Vervollständigung des Beamtenrechts sowie einseitige geordnete Neuordnung der Gehaltsverhältnisse. Für die Durchführung dieser Reformen

wird die Schaffung eines Reichs-Beamtenbundes für Beamtenfragen gefordert, der im Zusammenwirken mit dem Beamtenbunde seine Aufgaben zu lösen hat.

Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin S 42, Oranienstraße 140/42. Organ des Bundes ist: „Die Gewerkschaft“.

Wechsel in der Leitung des Maschinen- und Setzerverbandes.

Der bisherige Vorsitzende des Zentralverbandes der Maschinenisten und Setzer, H. Scheffel, ist von seinem Posten zurückgetreten, um an Stelle des in das Eisenbahnministerium berufenen Dr. Brunner die Leitung des Eisenbahnverbandes zu übernehmen. Provisorischer Vorsitzender des Zentralverbandes der Maschinenisten ist durch Beschluß der Verbandssitzungen Wilhelm Insel geworden.

Groß-Berlin.

Aus dem Rathause.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschränkt sich darauf, die dringendsten laufenden Geschäfte zu erledigen. Gestern handelte es sich um drei wichtige Fragen. Zunächst um die Erwerbslosenfürsorge, die der Magistrat schon hat in Kraft treten lassen. Wir haben das nähere gestern veröffentlicht.

Eine andere wichtige Vorlage bezog sich auf Bewilligung von Mitteln für die städtische Kriegerhinterbliebenenfürsorge. Die Steigerung der Beiträge bedingt die Vermehrung des Beamten- und Angestelltenapparates. Zu diesem Zwecke bewilligte die Versammlung 650 000 M. für 1918 und 19.

Schließlich gab die Versammlung ihre Zustimmung einer Vorlage, die den städtischen Beamten, Angestellten, Arbeiter und Hilfskräfte betrifft. Die Ausgabe beläuft sich auf 30 Millionen.

Aus den Verhandlungen über die Erwerbslosenfürsorge ist bemerkenswert, daß der Oberbürgermeister auf die außerordentliche Bedeutung dieser Maßnahme hinwies und auf die dringende Notwendigkeit, daß alle Vororte unverzüglich die Unterstützung ohne jeden Zeitverlust schon vom 28. November ab in Kraft treten müssen, wenn nicht unübersehbarer Schaden angerichtet werden sollte. Die Orte würden sonst die schwerste Verantwortung auf sich laden. In Berlin betrug die Zahl der als arbeitslos Gemeldeten bis zum gestrigen Tage bereits 19 000. Die Ziffer wächst täglich. Bürgerliche Redner waren etwas verärgert darüber, daß der Oberbürgermeister erklärt hatte, die Maßnahme sei bereits in Kraft, die Stadtverordneten hätten nur Kenntnis zu nehmen. Damit erübrigte sich eine Beschlusfassung. Einzelheiten über Ausführungsbestimmungen sollen aber noch in einem kleinen Kreise erörtert werden. Von unserer Seite erklärte Genosse Linje dazu seine Zustimmung, während die Abhängigen durch Brüdner eine ähnliche Erklärung abgeben ließen.

Die uns mitgeteilten Bestimmungen haben gestern noch eine Änderung erfahren, die sich gründet auf zu erwartende Anträge auf Arbeitslosenunterstützung bei teilweiser Erwerbslosigkeit durch Verabkennung der Arbeitszeit infolge Kohlenmangels. Nach dieser Richtung hin ist der § 7 wie folgt abgeändert worden:

„Greichen Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht, so erhalten sie für die ausgefallenen Arbeitsstunden Erwerbslosenunterstützung, sofern 70 vom Hundert ihres regelmäßigen Arbeitsverdienstes, den doppelten Unterstützungsbeitrag im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen.“

Als Erwerbslosenunterstützung ist der Unterschied zwischen dem derzeitigen Arbeitsverdienst und dem doppelten Unterstützungsbeitrag zu zahlen. Zu dem doppelten Unterstützungsbeitrag tritt für die Ehefrau sowie für jedes Kind unter 14 Jahren ein Zuschlag von 1 M. für den Arbeitstag hinzu.

Die zu gewährende Erwerbslosenunterstützung darf den regelmäßigen Arbeitsverdienst nicht überschreiten.

Ein symbolischer Zwischenfall.

Vor einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Bezirk Treptow-Baumgartenweg, sprach Genosse Ledebour am Dienstag, den 3. Dezember, im Spreetraum in Treptow. Er führte aus, daß die große Revolution nun endlich auch in Deutschland die Freiheit gebracht und uns von der militärisch-bureaucratischen Macht befreit hätte. Jetzt endlich ist es uns vergönnt, frei zu reden, und ein jeder solle mitarbeiten, um den Samen der Aufklärung überall hinzutragen. Vor dem Kriege wäre es allgemeiner Brauch gewesen, den Umsturz als ein Geschick späterer Zeiten anzusehen, und die Sozialdemokratie hätte sich damit begnügt, eine reformistische Tätigkeit anzuhäufen. Aber der Krieg hat darauf hingearbeitet, daß die Gewalt in die Entscheidung unserer Verhältnisse hineingebracht wurde und daß das, was bisher nur in Worten gesehen war, jetzt in die Tat umgesetzt werden mußte. Die russische Revolution im Jahre 1917 gab uns hierzu den ersten Anstoß. Genosse Ledebour gab dann eine Schilderung der Vorgeschichte unserer Revolution, um die Behauptung Eberls, daß die Partei der Mehrheitssozialisten für die Revolution vorgearbeitet habe, zu entkräften. Als der Referent im Laufe seiner Rede dazu kam, zu sagen, wir hätten es selbst erlebt, wie das künstlich aufgebaute Gebäude der militärischen Unüberwindlichkeit zusammengebrochen wäre, ereignete sich ein merkwürdiger Zwischenfall. Es stürzte nämlich krachend und plätschend die Decke der Bühne ein und die elektrischen Lampen mit hinab, alles in eine Wolke von Staub hüllend. Vor Beginn der Versammlung war einem der Leiter ein anonymer Zettel zugegangen mit der Warnung, auf die elektrische Leitung achtzugeben. Das legt die Vermutung nahe, daß dieser Defekt ein Zufall, sondern beabsichtigt war. Durch den Zusammenbruch ist niemand verletzt worden, nur einige Hüte wurden zertrümmert und Kläber getrümmert. Nach diesem Zwischenfall nahm der Redner wieder das Wort und begrüßte den Vorfall als eine Illustration zu seinen Ausführungen, genau so wäre das militärische Monarchie der Hindenburg und Ludendorff zusammengebrochen. Die Frage der Nationalversammlung wurde dann als eine der wichtigsten eingehend erörtert. Wie unabhängigen Sozialdemokraten waren vier Jahre hindurch mundtot gemacht und hatten nicht die Macht, unsere Ideen überall hinzutragen. Wenn jetzt die Wahlen zur Nationalversammlung schon für den 16. Februar angesetzt wurden, wären wir wieder gefesselt, dran in drei Monaten kann nicht das, was vier Jahre lang verboden haben, aufgemacht werden. Genosse Ledebour schloß damit, daß alle, die proletarisch gelebt und gelitten hätten, sich zusammenschließen sollten zu der großen proletarischen Armee der Weltrevolution. Bei der Diskussion trach auch der Referent

ogalmt Wissen, der alle Mitglieder der abhängigen Legit, die nur bis zum Heberdruck kennengelernt haben, sog. Besondere wählte er die frühe Einberufung der Nationalversammlung zu beschleunigen, erzielte aber nur geringen Erfolg. Debour sprach zum noch das Schlüsselwort, und der stürmische Beifall zeigte, daß die große Mehrheit mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war.

Sie wollen keine Spartakasse sein.

Der Soldatenrat der Garde-Nachrichten-Erschabteilung hält für nötig, folgende hochwichtige Erklärung abzugeben:

Trotz mannigfaltiger Verluste und Behauptungen, die eines jeden Vereinfachens entbehren, wurden die Angehörigen der Garde-Nachrichten-Erschabteilung als Anhänger der Spartakassengruppe gebremst und als Leiharbeiter bezeichnet. Die Garde-Nachrichten-Erschabteilung hat diesfalls in einer Vollversammlung aller Angehörigen der Abteilung auf das Entschiedenste Protest dagegen eingelegt. Trotzdem wurde abermals versucht, gegenteilige Behauptungen aufzustellen, und aus diesem Grunde haben sich mit einstimmiger Geschlossenheit die Angehörigen des Battalions zusammengesetzt, um durch einen gemeinsamen Antrag in der Stadt zu beweisen, daß sie auf keinen Fall Anhänger der Spartakassengruppe sind, vielmehr geschlossen hinter der neuen Regierung steht und Haase stehen. Jeden weiteren Falschversuch wird das Battalions mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen, und es wird gegen die Urheber solcher Gerüchte auf das Schärfste vorgehen. Es wird nochmals ausdrücklich betont, daß die Angehörigen der Garde-Nachrichten-Erschabteilung sich einmütig, frei und offen, voll und ganz auf den Standpunkt der neuen Regierung stellen, und diese nur allein und in jeder Weise unterstützen.

Agitation gegen die „Freiheit“.

Einer unserer Zeitungsvendekäufer besand sich am Donnerstag im Parisaal 3. und 4. Klasse auf dem Sigtiner Bahnhof, um an heimkehrende Soldaten die „Freiheit“ zu verkaufen. Ein Beamter verbot ihm das und forderte ihn auf, mit zum Bahnhofsvorsteher zu kommen. Der Verkäufer leistete der Anforderung keine Folge. Nun holte der Beamte einen Unteroffizier der Befehlsabteilung, der den Verkäufer, statt ihn zu unterstützen, aus dem Saale wies. Wegen dieses Vorgang müssen wir aufschreien protestieren. Den Verkäufern der „Freiheit“ steht das gleiche Recht zu wie den Verkäufern aller anderen Blätter. Wenn Beamte und Sicherheitswachen dies noch nicht wissen, so müssen sie eines Besseren belehrt werden.

Gegen den Schleichhandel.

Die Bekämpfung des Schleichhandels ist eine der dringendsten Aufgaben der neuen Regierung. Das Reichsversorgungsamt hat jetzt die Richtlinien ausgearbeitet, nach denen gegen den Schleichhandel vorgegangen werden soll. Zunächst muß bei dem Erzeuger, der der eigentliche Lieferant des Schleichhandels ist, dafür Sorge getragen werden, daß die ihm nicht zur Selbstversorgung ausreichenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse zur Ablieferung gelangen. Die Überwachung der landwirtschaftlichen Betriebe in dieser Richtung bildet eine wesentliche und wichtige Aufgabe der neuen Bauernräte. Die hierzu notwendigen Anweisungen an die Bundesregierungen und Kommunalverbände sind bereits erlassen. Schwieriger gestaltet sich die Verhinderung des Schleichhandels im großen, also die Verschlebung von Waggonladungen mit rationierten Lebensmitteln durch die Bahn und von Händler zu Händler. Bei der Gerissenheit, mit der der gemerdmäßige Schleichhändler unter Fälschung von Frachturkunden und Ausweispapieren vorgeht, kann auf diesem Gebiet nur mit geschultem, sachlich ausgebildetem Personal gearbeitet werden. Die Schritte, solches Personal in stärkerem Umfang zu gewinnen, sind eingeleitet. Es wird aber ferner eine neue Organisation der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere des Kriegswirtschaftsreferats, erforderlich sein, um in jedem Einzelfalle ohne Hemmung von Zuständigkeitsfragen mit Schärfe und Erfolg aufzuffassen zu können.

Nach dieser Richtung sind bereits Verhandlungen zwischen den verschiedenen beteiligten Behörden. Schließlich handelt es sich darum, da wo übermäßige Vorräte zum Schaden der Allgemeinheit aufgehäuft worden sind, diese sogenannten Sammlerlager festzustellen und dem allgemeinen Verbrauch zuzuführen.

Städtische Fürsorge für Kriegsschädigte in Neutölln. Von den Gemeindebehörden ist bisher für die Kriegsschädigten-Fürsorge ein Betrag von 100 000 Mark aus Mitteln der Kriegsmobilisierungsfonds zur Verfügung gestellt worden. Zur Bearbeitung sind mehr als 5000 Fälle Kriegsschädigter gelangt, von denen 480 die Berufsberatungskommission beschäftigt haben. Zur weiteren Ausbildung bezug zur Ausbildung für einen neuen Beruf besuchten 28 Kriegsschädigte auf Kosten der Kriegsschädigten-Fürsorge Unterrichtsanstalten. In 756 Fällen wurden für Kriegsschädigte oder deren Angehörige ärztliche Behandlung, Krankenhaus- oder sonstige Kurbehandlung aus Mitteln der Kriegsmobilisierungsfonds bewilligt. Obwohl die Kriegsschädigten-Fürsorge an sich Sache des Reiches ist, hat also die Stadt bereits freiwillig erhebliche Leistungen für diesen Zweck der Fürsorge aufbringen müssen.

Zur Errichtung und Leitung sonntäglicher Freisäulen hatte sich ein Verein gebildet zum Vortzen armer in den Elementarlehren verarmter Handwerkerlehrlinge und bereits sonntäglicher junger Handwerker. Durch die Entwicklung des Berliner Fortbildungsschulwesens ist der Zweck des Vereins längst überholt. Aus diesem Grunde hat die Vereinsleitung sich entschlossen, der Stadt Berlin das vorhandene Vermögen in Höhe von 65 000 Mark zu überweisen. Die Hosen sollen dem Berliner Fortbildungsschulwesen, sei es durch Unterstützung einzelner oder durch Zuwendungen an Anstalten, Verwendung finden.

Ein schöner Erfolg. Eine Betriebsversammlung der Siemens & Halske A. G. (Schlampenabteilung), Charlottenburg, fand am letzten Sonnabend in der Kronbrauerei, Alt-Moabit, statt. Der geräumige Saal und die Galerien waren überfüllt. Ueber die Lohnbewegung referierten die Arbeiterratsmitglieder. Ueber die Frauen und die Revolution sprach Genossin Luise Jich unter großer Aufmerksamkeit der Versammelten, die am Schluß dem Bunde Ausdruck gaben, bald wieder eine solche Versammlung zu bekommen. Nicht melde die Arbeiterrat, daß sich noch der Versammlung 800 Personen der U. S. P. angeschlossen und viele Leser für die „Freiheit“ gewonnen werden konnten.

Lebensmittelverteilung. In der Zeit bis Sonnabend, den 7. Dezember, wird an diejenigen Kunden, die in den Zweifelsfällen den in den Bezirken der 119., 120. und 203. Brotkommission gelegenen Geschäfte und bis Montag, den 9. Dezember 1918 der in den Bezirken der 110. und 117. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Hüllalen, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Mehl verteilt. — Vom 7. Dezember ab werden die 1/2 Liter-Milch-Karten bis auf weiteres wieder voll beliefert.

Schulstube für Kinder. Die Stadt Berlin gewährt den Kindern, die in der Zeit vom 1. Januar 1911 bis 31. Dezember 1912 geboren sind, einmalig je etwa 100 Gramm Schokolade in Tafeln, und zwar auf Grund von Bezugskarten, die von den Brotkommissionen in der Zeit bis zum 7. Dezember 1918 ausgedruckt werden und dort abgeholt sind. Die Anmeldung sämtlicher Bezugskarten hat von den Empfangsberechtigten in den durch grüne Verkaufsschilder gekennzeichneten Geschäften bis zum 10. Dezember 1918 zu geschehen.

Entlassungsanklagen. Die Stadt Berlin hat vier große Anstalten als Entlassungsanstalten in Tätigkeit gesetzt. Es sind dies die Destillationsanstalt II in der Friedenstr. 15, das städtische Volkshaus Gerichtstraße 65/66, das Volkshaus in der Oberbergerstraße 57/58 und das Volkshaus in der Demnitzerstraße 24 a. In allen diesen Anstalten, die den morgens 8 bis abends 8 Uhr in Tätigkeit sind, können Desertionsangehörige, Desertionsläsige und bürgerliche Rückwanderer unentgeltlich gebadet und entlausen werden.

Ein Mannschaftsausschuß im Charlottenburger Sicherheitsdienst. Um jeder Anzeichen und Mithilung in Kreisen der Charlottenburger Sicherheitsmannschaften vorzubeugen, hatte der Polizeipräsident von Charlottenburg, Volkskommissar Richter, eine Versammlung der vom Dienst abkömmlichen Sicherheitsleute in der Sammelhalle, Oxenierstraße, einberufen. Der Volkskommissar machte den Vorschlag, Fragen, die den

Dienst und die Interessen der Mannschaften betreffen, namentlich mit ihren Vertretern zu besprechen. Er regte dabei an, daß jede einzelne Gruppe einen Vertrauensmann wählt, der in den Vorbereitungen zur Wahl eines leistungsfähigen Ausschusses teilnimmt. Ein dahingehender Bescheid wurde nach längerer Debatte, in der noch Mannschaftswünsche besprochen wurden, einstimmig angenommen.

Die Straßenbürde im Schönhauser Viertel. Ein Sammelpunkt aller möglichen Händler, vom reinen Händler bis zum Schieber und Dieb, war schon vor der Kriegszeit die Alte Schönhauser Straße, besonders in der Gegend des Sammelpunktes der Ringstraße. Jetzt hat sich dort noch weiter nach Norden hin, bis zur Rosenhäger Straße, eine Wölfe entwickelte, deren Lebhaftigkeit die große Wölfe an der Burgstraße nach in ihren Glanzzeiten niemals erreicht hat. Keine Straße in Berlin ist den ganzen Tag über so bevölkert wie diese alte Schönhauser. Besonders auffallend steht von den übrigen Straßenbildern hier die Gruppenbildung ab. Die Leute haben es gar nicht eilig, hasten und jagen nicht hin und her wie anderswo, sondern stehen hier und dort in dichten Massen um einzelne Leute herum, die verächtlich mit Baketen oder losen Sachen aller Art aufstauten und durch geheimnisvolle Winke und Zeichen das Publikum an sich fesseln. Es sind berufsmäßige und Gelegenheitshändler, die alles mögliche feilbieten, natürlich alles ohne Bezugsschein: Seife und Zwickel, Stiefel und Mägen, Straßen- und Gesellschaftsmägen, selbst Lieberzieher und Räder, die sie auf dem Rücken tragen. Endlich haben sich auch Leute aus der Provinz auf dieser Wölfe eingefunden. Sie bringen seltene Lebensmittel, Fleisch und Butter, Speck und Eier und was es sonst auf dem Lande noch gibt. Der Händler, der seinen viel zu weiten oder auch zu engen Winterüberzieher über den Kopf, den er über den eigenen gezogen hat, verkaufen will, geht mit den Kaufstücken auf den nächsten Hausflur, um in der Ecke hinter der Tür ausprobieren zu lassen. Die Lebensmittelhändler sind noch vorsichtiger. Ihnen ist der Fluß noch nicht sicher genug. Sie gehen die Treppen bis in den dritten oder vierten Stock hinauf und wickeln dort auf den Abfächer ihre Geschäfte ab. Die Lebensmittel sind heute als Kaufsmittel viel wertvoller und begehrter als Geld. Dieses spielt überhaupt eine untergeordnete Rolle. Denn auch die Leute vom Lande nehmen für ihre Ware lieber wieder andere, die es im Schleichhandel der Stadt mehr gibt als draußen.

Der Rat der geistigen Arbeiter hielt am 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Mitheneraal seine erste überfüllte Versammlung ab. Die Zahl der Redner und die Wahl der Thematik befanden, daß es eine programmatische Kundgebung, eine grundsätzliche Stellungnahme zur Revolution und zur sozialistischen Republik sein soll. Sämtliche Referenten bekannten sich voll erdlicher Arbeiterschaft, wenn auch vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus oft in unklarer Weise, zu den neugeschaffenen Verhältnissen.

4. Männer-Vot. Turnverein „Richte“. Den heimkehrenden Genossen zur Kenntnis, daß wir jetzt jeden Donnerstag und Sonnabend von 8-10 bei der 18. M.-A. in der Turnhalle, Postdamerstr. 32, turnen. Infolge der früheren Polizeistunde beginnt unter 24. Stiftungsfest am Sonnabend, 7. Dezember, im Stadttheater Moabit bereits nachmittags um 4 Uhr.

Kreis Rieder-Barnim. Am Freitag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, findet für sämtliche Funktionäre der unabhängigen Partei in Rieder-Barnim im Café Wellenau am Bahnhof Stralauer Nummer 4 eine Kreisfunktionärkonferenz statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Kreisvorstand: J. A. V. Brühl, Berlin O. 112, Neue Bahnhofstr. 31.

Charlottenburg. Der Reichsbund der Kriegsschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hält seine Monatsversammlung am Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 4 (kleiner Saal), ab.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 8. Dezember, vorm. 9 Uhr, Pappelallee 15/17; Neutölln, Idealcasino, Reichsstr. 81 Oberbismarckstraße, Mitheneraalstr. 43 bei O. Bannau. Freireligiöse Vorlesung 10 1/2 Uhr. M. Frankfurter Str. 8: Vortrag von Frau Marie Krüger. Gäste willkommen.

Oranienburg. Die auf Nr. 184 der Lebensmittelkarte angemeldeten Lebensmittel werden am Freitag und Sonnabend, den 6. und 7. D. gegen die entsprechenden Quittungsmarken durch die Verkaufsstellen abgegeben, bei welchen die Anmeldung erfolgt ist, und zwar je Kopf 80 Gramm zum Preise von 58 Pfg. je Pfund. Die Verkaufsstellen haben die Abnahme am Montag, den 9. d. M., mittags 12 Uhr, im Lebensmittelbüro abzuliefern.

Öffentliche Buchdrucker-Versammlung für Groß-Berlin

am Freitag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, in den Passagen-Hallen, Neutölln, Bergstraße 152.

Tagungsordnung:
Die Gewerkschaften vor u. während der Revolution.
Referent: Paul Lange.
Einberufer: Daniel Engelmeier.

Frontsoldaten, Urlauber, Deserteure!

Am Freitag, den 6. Dezember, nachm. 4 Uhr:

3 große Protest-Versammlungen.

Germaniasäle, Chausseestr. 110,
Sophiensäle, Sophienstr. 17/18,
Andreassäle, Andreasstraße.

Tagesordnung:
Unsere Rechtsmachung durch den Groß-Berliner Soldatenrat.
Referenten: Budich, Rohne, Schulz.
Der Groß-Berliner Soldatenrat hat beschlossen, Eure gewählten Vertreter nicht anzuerkennen. Wir rufen Euch zum Protest auf! **Erscheint in Massen!**

Frontsoldatenrat. Der Rat der Urlauber u. Deserteure.

Weltbekannt und anerkannt

Ist der Vervielfältigungs-Apparat

Schapiroograph.

Wieder mit echten Glycerin-Rollen lieferbar!

Tadellos scharfe Abzüge von Handschrift, Maschinenschrift oder Zeichnung. Einfachste und praktischste Handhabung. Billigster und bester Vervielfältigungs-Apparat.

Man verlange kostenlosen Prospekt und Druckproben.

A. Schapiro, Berlin C.,

Stralauer Straße 56.

Achtung! Arbeiter!

Auf Grund des Abkommens mit der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung; Arbeiter der Metallindustrie, des Transport- und Fahrwesens, der Chemischen- und Bauindustrie, sowie der Industrie für für Stein und Erde aus Betrieben, die weniger als 40 Arbeiter beschäftigen, erhalten

billige Kleidung

gegen Abgabe eines Bezugsscheins und eines Ausweises vom Arbeitgeber, in der K. V. G., Abteilung für Arbeiterversorgung, Berlin SW., Kommandantenstrasse 82.
Verkaufszeit 9-12 und 3-6 Uhr.

Verband der Hausarztvereine

Vorsitzender: G. Jacob, Berlin, Waldenser Straße 5. Tel. Moabit 3915.

Arbeiter! Neutölln! Frauen!
Freitag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr,
in den Passagen-Festhallen, Bergstraße 152/53

Große öffentliche Volksversammlung.

Wir fordern ein Ministerium für Volks-einheit.

Referent: Genosse Dr. Julius Moses.
2 Diskussion.
Arbeiter und Frauen erscheint in Massen.
Die Einberufer: G. Jacob, A. Miska.

Nachruf.

Soziald. Bezirkswahlvereins
Lithienberg, U. S. P. D.
Am Sonntag, den 30. Nov.
1918 starb unser Genosse
Richard Fiedler.
Sophienstraße 13, kam vom
Militär zurückgekehrt, an
der Grippe. — Er saluu
Anderekol
& Viertel, 76. Gruppe.
(Beerdigung bereits erfolgt)

Neukölln, U. S. P. D.

Am 3. Dezember verstarb
nach kurzer schwerer Krank-
heit unser braver Genosse,
der Werkzeugmacher
Julius Stodt, 18. Bez.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 7. Dezember, nach-
mittags 2 Uhr, auf dem Neu-
köllner Friedhof, Mariesdorfer
Weg, statt.
Er war der Besten einer.
Ihre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Genossen!

werbt Sejer
für die
„Freiheit“

Unabhängige Sozialdemokrat. Partei, I. Kreis.

Zahlabend

Sonnabend, den 7. Dezember 1918, abends 7 Uhr, bei
Casse, Koffstraße 6.

Tagungsordnung:
1. Generalversammlung. 2. Delegiertenwahl.
Das Büro des Kreises befindet sich
Neue Friedrichstr. 108, 2. Stock, bei Genosse Schilling.
Verteilsbestellungen auf „Die Freiheit“ und Aufnahme
neuer Mitglieder für die U. S. P.
J. A.: Kiede, Schriftführer.

PAUL CASSIRER VERLAG

Sozialistische Schriften
zur Revolution

KARL KAUTSKY

Habsburgs Glück und Ende.

Preis 3 Mark.

Das Buch vom Kampf der Nationalitäten
und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Ortsverein Neukölln der U. S. P. D.

Frauen-Zahlabend!

Am Freitag, den 6. d. M., abends 8 Uhr,
findet bei **Viktoria, Ockerstraße 5**, ein Frauenzahlabend
für den 16. Bezirk statt.
Das Erscheinen aller Genossinnen ist unbedingt not-
wendig.
Der Bezirk'sleiter.

Nachruf.

Am 30. Oktober verstarb
unser Genosse
Karl Schmeißeger,
Bergr. 122, 9. Bezirk.
Am 24. November verstarb
unser Genosse
Friedrich Krey,
Bergr. 16, 17. Bezirk.
Der seligen Woden ver-
starb an den Folgen einer
schweren Verwundung in einem
Kampfe des Westens unter
ungünstigen Genoss.

Friedrich Schmalke,

20. Bezirk.
Ihr Ansehen
wird in Ehren halten
Ortsverein Neukölln
der U. S. P.